PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG
VOM MITTWOCH, 28. SEPTEMBER 2016, 20.00 UHR,
IN DER WEHRLINHALLE

Traktanden:

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2016
2. Kreditbegehren Planung Eisweiher^{plus}
3. Aufhebung Marktreglement
4. Vereinbarung mit Bottmingen über eine gemeinsame Altersfachkommission und eine gemeinsame Projektstelle Alter
5. Teilrevision des Organisations- und Verwaltungsreglements
6. Erheblicherklärung Antrag nach § 68 betreffend Ortsplanung
7. Diverses

Hanspeter Ryser, Gemeindepräsident (Versammlungsleiter), eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Namen des Gemeinderates. Er stellt fest, dass die Einladung fristgerecht erfolgt ist.

Seitens Presse sind Daniel Aenishänslin von der Basler Zeitung, Michael Ecklin von der Basellandschaftlichen Zeitung sowie Georges Küng vom Bi-Bo anwesend. Für die Steuerung der Tonaufnahme ist Cédric Fabich verantwortlich, für das Protokoll Jörg Bertsch sowie Claudia Ackermann, Assistentin Politik & Kommunikation bei der Gemeindeverwaltung.

Entschuldigt ist Gemeinderätin Regula Messerli. Neu auf der Gemeinderatsbank ist Peter Thanei, der heute seine erste Gemeindeversammlung bestreitet.

Die nicht stimmberechtigten Anwesenden werden gebeten, vorne rechts in der ersten Reihe Platz zu nehmen; sie dürfen das Wort nicht ergreifen.

Der Gemeindepräsident weist darauf hin, dass die Versammlung elektronisch aufgezeichnet wird; dies erleichtert die Dokumentation. Diskussionsteilnehmer werden gebeten, die bereitstehenden Mikrofone zu benützen. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben. Als Stimmenzählerinnen werden Erna Fries (Block 1, Stimmzettelfarbe rosa), Ursula Laub

(Block 2, Farbe gelb), Ursula Alessio (Block 3, Farbe grün) und Heidi Borer (Block 4, Farbe rot) bestimmt. Alle vier sind Mitglieder des Wahlbüros.

Der Präsident bittet, allfällige Einwände gegen die Geschäftsführung sofort, spätestens nach Abschluss des betreffenden Traktandums, zu melden. Der Präsident fragt an, ob Einwände gegen die Traktandenliste bestehen.

Markus Löliger möchte die Reihenfolge der Traktanden geändert haben. Nach der jetzt vorgesehenen Reihenfolge ist abzusehen, dass nach Traktandum 2 ein grosser Teil der Anwesenden sich davonmachen wird, während aber das Traktandum 4 für die Zukunft der Gemeinde auch wichtig ist. Der Votant beantragt darum, Traktandum 4 vor Traktandum 2 zu behandeln.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: **DER ANTRAG, DIE TRAKTANDEN 2 UND 4 AUSZUTAUSCHEN, WIRD ABGELEHNT.**

Es wird in der vorgesehenen Reihenfolge verhandelt.

Traktandum1: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2016 14

Hanspeter Ryser erklärt, das Protokoll sei von der Gemeindekommission und vom Gemeinderat geprüft worden. Es liegt vollumfänglich auf; eine Kurzfassung ist in der Einladung zur Gemeindeversammlung abgedruckt. Beim Abdruck hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Unter Ziff. 3.1. b) muss zusätzlich die Parzelle 307 eingefügt werden. Es gibt keine Wortmeldungen.

A B S T I M M U N G

Einstimmig wird beschlossen:

://: **DAS PROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 14. JUNI 2016 WIRD GENEHMIGT**

15 Traktandum 2: Kreditbegehren Planung Eisweiher^{plus}

Hanspeter Ryser führt kurz in das Thema ein. Das Thema Fussball und Eisweiher beschäftigt den Gemeinderat schon seit vielen Jahren aus verschiedensten Gründen. Zum einen wurde die Lärmbelastung in den angrenzenden Wohnquartieren als störend empfunden, zum anderen ist auch der aus den Sportaktivitäten resultierende Verkehr durch das Quartier eine Herausforderung. Der Fussballplatz Eisweiher ist die Heimat des FC Oberwil. Dieser Verein mit der Junioren- und Nachwuchsabteilung hat einen grossen Anteil an der Freizeitgestaltung der Oberwiler Kinder und Jugendlichen und einen sehr grossen integrativen Charakter für die neu Zugezogenen. Es ist darum richtig und wichtig, dass sich die Gemeinde diese Fussballplätze leistet. Die grosse Nachfrage nach dem Fussballsport hat aber auch ihre Schattenseiten. Die beiden Spielfelder auf dem Eisweiher und auf dem Platz 8 sind in die Jahre gekommen und benötigen in absehbarer Zeit eine Erneuerung oder, so wie in anderen Gemeinden, eine Neukonzeption, um die Bespielbarkeit zu gewährleisten oder bei Bedarf auch zu erhöhen. Mit dem Neubau der Schulanlage am Marbach ist auch der rote Platz für die Nutzung durch Fussball verschwunden. Um das Angebot aufrechtzuerhalten, müsste die Gemeinde – ohne dass darüber genauere Abklärungen gemacht worden wären – einen höheren Millionenbetrag in die Hände nehmen. Im Zusammenhang mit dem kommunalen Richtplan, der 2012 von der Gemeindeversammlung verabschiedet wurde, hat sich der Gemeinderat zusammen mit der Bevölkerung des Themas vertieft angenommen. Es ist klar festzustellen, dass die Fussballfelder heute im Grunde genommen zonenfremd sind und nicht mehr ins nähere Zentrum von Oberwil gehören, zumal auch die Schule mehr Raum benötigt und somit eine Lösung für das gesamte Gebiet gefunden werden muss. Das Thema ist insofern ein anspruchsvolles, als es einen Ortsteil von Oberwil betrifft, den die Alteingesessenen alle schon aus der Schulzeit kennen, und weil in direkter Nachbarschaft stark genutzter Wohnraum besteht, deren Anwohner eventuell keine Freude an diesen Veränderungen haben. Oder anders gesagt: Jede Veränderung löst Ängste und Verunsicherung aus, aber sie birgt auch grosse Chancen für Verbesserungen. Das ist auch der Grund, warum der Gemeinderat jeden Schritt in den weiteren Überlegungen zum Eisweiher offen mit der Bevölkerung angegangen ist und sehr um-

fangreich kommuniziert hat. Die offene Kommunikation, wie sie die Einwohner in den letzten Monaten erlebt haben, will der Gemeinderat so weiterführen, auch bei anderen Themen als dem Eisweiher. Weil das Thema in seiner Komplexität und seinen Anforderungen nicht zu unterschätzen ist, könnte man die bewährte Technik anwenden zu sagen: Überlassen wir das doch der nächsten Generation, die müssen ja schliesslich auch noch etwas zu tun haben... Das wäre viel einfacher. Der Gemeinderat ist demgegenüber klar der Meinung, dass jede Generation die Herausforderungen meistern muss, die sie antrifft. Die nächste Generation wird noch genug anspruchsvolle Aufgaben haben, die sie dann meistern muss. Und wer kann garantieren, dass die zukünftige Generation noch die Möglichkeit hat, eine gute gesamtheitliche Planung durchzuführen. Es ist nicht sicher, dass die Eisweiher AG für die Gewerbebauten an der Hüslimatt nicht bis dahin eine eigene Lösung gefunden hat, losgelöst von der Gesamtschau. Man denke nur an die 90er Jahre. Damals hat die Gemeindeversammlung das gesamte Gebiet Fraumatt aus der Bauzone losgelöst und in die Landwirtschaftszone umgezont. Mit diesem Entscheid ist indirekt auch die Entscheidung gefallen, dass neuer Wohnraum innerhalb des Siedlungsgebiets entstehen soll. Wohnraum ist in Oberwil relativ knapp. Man hört immer wieder, dass Junge, die von zu Hause ausziehen wollen oder sollen, keinen Wohnraum in Oberwil finden, und der Gemeinderat wird aufgefordert, etwas dagegen zu tun. Die Gemeinde kann das jedoch nur auf gemeindeeigenen Parzellen tun.

Gemeinderat Christian Pestalozzi stellt die Vorlage im Einzelnen vor und blendet zunächst auf das Jahr 2012 zurück. Damals hat die Gemeindeversammlung einen mutigen Entscheid getroffen. Sie hat den Kommunalen Richtplan genehmigt, in welchem verankert ist, dass das Eisweiher-Areal einer neuen Nutzung zugeführt werden soll. Als Christian Pestalozzi im Gemeinderat das Ressort Raumplanung übernahm, hatte er grossen Respekt vor dieser Aufgabe. Wie schultert die Gemeinde ein so grosses Projekt? Ist so etwas überhaupt richtig für das Dorf? Je länger er sich jedoch mit dem Thema befasste, umso mehr ist bei ihm die Überzeugung gewachsen, dass hier eine grosse Chance besteht und dass auf diesem Areal etwas entstehen kann, von dem die Gemeinde und alle Einwohner und auch die nächste Generation einen Nutzen haben. Wichtig ist aber, dass man sorgfältig plant, transparent und gut. Dafür steht Christian Pestalozzi und stehen seine Gemeinderatskolleginnen und –kollegen ein. Sie sind überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist für die weiteren Planungsschritte.

Darum legen sie der Gemeindeversammlung heute dieses Kreditbegehren vor.

Dieses bedeutende Vorhaben betrifft alle Menschen in Oberwil. Es geht um wichtige Fragen für das Dorf. Wie geht man mit den unbebauten Flächen um? Der Eisweiher ist eine davon, aber nicht die einzige. Es stehen weitere grosse Flächen an guter Lage für spätere Weiterentwicklungen zur Verfügung. Sport ist ein wichtiges Thema in der Gesellschaft. Für ihn will der Gemeinderat Perspektiven anbieten. Die gibt es, wie Hanspeter Ryser schon sagte, am heutigen Standort nicht. Wie geht man mit der Siedlungsentwicklung um? Man will das Wachstum nach innen lenken. So haben es das Stimmvolk mit dem neuen Raumplanungsgesetz des Bundes und die Oberwiler Gemeindeversammlung mit dem Kommunalen Richtplan beschlossen. Der Gemeinderat nimmt das ernst. Mit den Einnahmen aus der Entwicklung des Langmannwerks kann die Gemeinde die Verlagerung der Sportplätze, den Park und die Planungskosten finanzieren. So etwas nennt man heute eine Win-win-Situation.

Was für Auswirkungen sind auf den Verkehr zu erwarten? Das Quartier Langegasse wird vom Verkehr entlastet. Der Schul- und Sportverkehr entfällt. Aber natürlich gibt es noch viele offene Fragen, und darum braucht es jetzt eine kluge Planung. Der Gemeinderat möchte erreichen, dass mehr Menschen den öffentlichen Raum auf dem Eisweiher nutzen können – für Spaziergänge, Spiele, Erholung, Feste, Märkte. Es soll ein Ort sein für alle Generationen, ein Ort für Begegnungen. Der Gemeinderat blickt optimistisch in die Zukunft. Mit einer seriösen Planung kann man neue Werte für die Gemeinde schaffen, für Junge und für Alte.

Wenn die Gemeindeversammlung heute den beantragten Kredit spricht, will sie auch wissen, was sie dafür bekommt. Man will die Chance nutzen, mit einer guten Planung Sicherheit zu schaffen. Es geht darum, dass die Oberwiler Bevölkerung gute Entscheidungsgrundlagen hat, um wichtige Fragen klären zu können. Wie gross soll der Park sein? Wie gross sollen andere Freiräume sein? Wo soll was gebaut werden? Was sind die Auswirkungen auf den Verkehr und auf andere Gemeindeinfrastrukturen? Und natürlich soll die Planung aufzeigen, dass das Dorf attraktive und wertvolle Freiräume erhält und dass Gebäude mit hoher architektonischer Qualität entstehen können. Dazu braucht es Bauvorschriften in Form von Quartierplänen und es braucht Klarheit, wie man eine sorgfältige Auswahl von Investoren treffen kann. Bei all diesen Fragen wird die Gemeindeversammlung mitsprechen.

Von der Planung werden ganz verschiedene Kreise profitieren – vor allem die Bevölkerung, Junge, Alte und auch die nächste Generation. Man wird mit der Planung klären können, was möglich sein soll, und man wird Entscheidungsgrundlagen erarbeiten. So schafft man zum Beispiel Voraussetzungen für junge Wohnungssuchende, die Hanspeter Ryser schon erwähnt hat. Profitieren wird auch die Nachbarschaft durch das Entstehen neuer Grünflächen direkt vor der Haustüre, durch neue Dienstleistungen, durch ein neues Verkehrsregime. Selbstverständlich profitieren auch private Unternehmen wie Planer und Investoren. Vor allem aber profitiert die Gemeinde, weil sie ihre Entwicklung steuern kann und weil sie eine wertvolle Ergänzung zu ihrem Zentrum erhält.

Den Auslöser der Planung und den Planungsprozess hat der Gemeinderat immer transparent kommuniziert. Auf die heutigen Probleme hat Hanspeter Ryser schon aufmerksam gemacht. Wie erwähnt, hat die Gemeindeversammlung mit dem Richtplan bereits einen ganz wichtigen Entscheid gefällt und Chancen erkannt. Der Richtplan sagt nämlich, dass die Sportplätze ausgelagert werden sollen ins Entenwuhr und dass auf dem Eisweiher ein attraktives Wohngebiet und ein grosszügiger öffentlicher Raum entstehen sollen. Der Hauptanteil der Wohnungen soll für Familien ausgelegt sein. Stilles Gewerbe soll beschränkt zulässig sein. Es ist eine Durchmischung von Nutzungen und Bevölkerung erwünscht und die Planung soll Vorbildfunktion in Bezug auf ein nachhaltiges Projekt haben. Das war immer die Leitschnur für den Gemeinderat.

Zum Langmannwerk, dem Gebiet hinter dem Hüslimattschulhaus, gibt es im Richtplan keine Aussage. Das war damals kein Thema. Aber man hat für die Familiengärten auf diesem Areal einen Ersatzstandort definiert und Platz 8 wird ebenfalls ins Entenwuhr verlegt. Darum war es logisch, dass man sich auch darüber Gedanken machte, was auf dem frei werdenden Areal passieren soll. Für den Gemeinderat war es sinnvoll, die beiden Flächen Eisweiherareal und Langmannwerk, die so nahe beieinanderliegen, gemeinsam anzuschauen.

2013 wurde dann eine sogenannte Testplanung durchgeführt. Da ging es um Fragen wie die, was an diesem Ort verträglich ist, wie viel Freiraum es braucht, wie dicht gebaut werden darf, was für Nutzungen denkbar sind. Ebenso wurde eine Finanzierungsstudie durchgeführt. Sie hat gezeigt, dass eine Umsetzung finanziell selbsttragend sein kann. Diese Studien von Fachleuten hat man dann mit Vertreterinnen und Vertretern von Parteien, Kommissionen, Gewerbe, Vereinen im September 2014 in einem sogenannten Echoraum diskutiert. Dort herrschte eine positive Grundhaltung.

Man erhielt Inputs für die weitere Bearbeitung. Und man merkte, dass noch viele Fragen offenstanden. So kam es zur Entscheidung, dass zuerst ein Entwicklungsleitbild erstellt werden muss, damit die Rahmenbedingungen für alle weiteren Planungsschritte klar werden. Auch das hat man unter Beizug von Bevölkerungsvertretern erarbeitet. Das Entwicklungsleitbild wurde bis Februar 2016 bei der Bevölkerung in die Vernehmlassung gegeben; es stiess auf breite Zustimmung, insbesondere von Parteien und Organisationen. Verschiedene konstruktive Anliegen konnten in das Entwicklungsleitbild aufgenommen werden. Eine grundsätzliche Ablehnung der Ideen wurde nur bei Wenigen laut, etwa nach dem Tenor: Oberwil soll doch nicht mehr weiterwachsen.
Ein weiterer Anlass, bei dem sich die Bevölkerung einbringen konnte, war die Dorfdebatte im Juni 2016. Die These, dass Oberwil weiterwachsen wird, wurde dort nicht widerlegt.
Der Gemeinderat hat dann das Leitbild – mit den sich aus der Vernehmlassung ergebenden Anpassungen – verabschiedet. Es wurde dann in Form eines kleinen Buches herausgegeben, das auch heute aufliegt. Im Weiteren wurde der heute vorliegende Kreditantrag erarbeitet.
Wie ersichtlich, ist der Gemeinderat stets Schritt für Schritt vorgegangen. Die eingeschlagene Richtung ist immer mehrheitlich bestätigt worden. Darum ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass jetzt der richtige und gute Moment ist, um weiterzuplanen. Wenn man weiterplanen will, muss man wissen, in welche Richtung die Reise gehen soll. Das weiss man jetzt mit diesem Entwicklungsleitbild, welches im Folgenden kurz vorgestellt wird. Es gibt die Richtung vor und bestimmt die Leitlinien für alle, die an der weiteren Planung beteiligt sind.

Das Herzstück auf dem neuen Eisweihergebiet ist ein öffentlicher Park:

Er soll ein lebendiger Treffpunkt für Jung und Alt werden. Er ist vernetzt mit den umliegenden Quartieren und Naherholungsgebieten über Wege entlang den Bachläufen. Wichtig ist auch, dass die neue Schulanlage an die öffentlichen Freiräume angebunden wird. Die Grösse des Parks (das grüne Dreieck auf der vorstehenden Grafik) soll in etwa die Hälfte des Eisweiher-Areals umfassen, das ist immerhin um rund die Hälfte mehr, als heute der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Der Park soll offen gestaltet werden, damit vielseitige Nutzungen möglich sind für Spiel und Erholung, Bäume, Bänke; und selbstverständlich wird der heute sehr beliebte Spielplatz bestehen bleiben. Wasser soll eine wichtige Rolle spielen. Es sollen Feste für Oberwilerinnen und Oberwiler möglich sein oder auch Zirkusaufführungen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass für den alten Musikpavillon, das heutige Jugendhaus, eine neue öffentliche Nutzung gesucht werden soll – ein Café, ein Biergarten oder dergleichen. Die Gemeindeversammlung müsste dann entscheiden, ob sie die Kosten für die Sanierung des Gebäudes tragen will.

Die andere Hälfte des Eisweiherareals (rosa dargestellt) soll bebaut werden:

Es soll ein eher dicht bebautes Gebiet entstehen mit öffentlichen Nutzungen, das den Oberwiler Ortskern erweitern und ergänzen kann. Demgegenüber soll die Bebauung auf dem Langmannwerk eher den Charakter einer nachbarschaftlich geprägten Wohnsiedlung erhalten, mehrheitlich ausgerichtet auf Familienwohnungen. Form und Charakter dieser zukünftigen Bebauung müssen aber in den nächsten Planungsschritten mit einem Team von Architekten und Landschaftsarchitekten noch weiter konkretisiert werden. Die Mitwirkung der Bevölkerung ist auch in dieser Phase erwünscht.

Wichtig ist, dass die neuen Wohnbauten mit dem öffentlichen sowie mit dem Fuss- und Veloverkehr attraktiv und sicher erreichbar sind. Für den motorisierten Verkehr erfolgt die Erschliessung ins Langmannwerk über die Langmattstrasse und ins Eisweihergebiet über die Sägestrasse direkt von der Mühlemattstrasse her. Die Idee ist, dass man den Bahnübergang, der heute nur zu Fuss oder mit dem Velo überquerbar ist, wieder für den Autoverkehr öffnet, dass aber im Gegenzug die Sägestrasse am Marbach geschlossen wird, sodass kein Durchgangsverkehr entsteht. Somit belastet also der neue Verkehr für das Eisweihergebiet das Gebiet Langegasse/Talstrasse nicht; im Gegenteil, das ganze Gebiet wird vom heutigen Schul- und Sportplatzverkehr entlastet. Wohnen so nahe bei der Tramhaltestelle ist für viele Menschen attraktiv und reduziert auch das Aufkommen an Autoverkehr. Das Tram ist im Leimental äusserst beliebt. Die Anzahl der Fahrgäste hat in den letzten 15 Jahren um 40 Prozent zugenommen. Das ist weitaus mehr als der Bevölkerungszuwachs in der gleichen Zeit. Zudem

besteht die Idee einer neuen Bushaltestelle an der Mühlemattstrasse und allenfalls einer Tramhaltestelle bei der Langmattstrasse. Teil der weiteren Planung wird die Ausarbeitung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts sein. Dazu können auch Massnahmen gehören, die es den Bewohnerinnen und Bewohnern schmackhaft machen sollen, einmal andere Formen der Mobilität auszuprobieren. Mindestens für das Eisweihergebiet wird eine Reduktion der Anzahl Parkplätze im Sinne von autoarmem oder autofreiem Wohnen geprüft.
Für wen, für welche Nutzungen soll der neue Wohnraum gebaut werden? Auf dem Eisweiher soll neben dem Park ein Mehrgenerationenquartier entstehen, eine Durchmischung verschiedener Altersgruppen mit verschiedenen Lebensstilen, Wohnraum für Jung und Alt, für Singles, Familien, eine Alters-WG oder für Alleinerziehende. Angedacht ist, innerhalb dieses Quartiers ein öffentliches Mehrgenerationenzentrum zu entwickeln mit Dienstleistungen im medizinisch-therapeutischen Sozialbereich, zum Beispiel ein Beratungszentrum für ältere Menschen oder auch betreutes Wohnen im Alter. Dass das ein grosses Bedürfnis in der Oberwiler Bevölkerung ist, hat eine kürzlich durchgeführte Veranstaltung zum Thema Alter deutlich gezeigt. Im Weiteren könnten Räume für gemeinschaftliche Nutzungen für Jung und Alt entstehen. Selbstverständlich sollen auch Räume für die offene Jugendarbeit angeboten werden. Im Moment möchte der Gemeinderat aber eher von einem solitären Gebäude für die Jugend absehen zugunsten einer Ansiedlung im Mehrgenerationenzentrum.

Wie könnte man das Projekt dann realisieren, wenn die Gemeindeversammlung die Quartierpläne genehmigt hat? Für eine gute Qualität der gesamten Bebauung sind zwei Punkte ganz wichtig: Man muss die Investoren sorgfältig auswählen und die Gemeinde muss möglichst lang die Kontrolle darüber haben, was auf dem Areal entsteht. Darum sollen die Areale in kleineren Einheiten schrittweise entwickelt werden und es sollen für die verschiedenen Einheiten unterschiedliche Investoren ausgewählt werden. Mit einer Durchmischung von institutionellen Anlegern wie zum Beispiel Pensionskassen, Immobilienunternehmen, Genossenschaften und Baugruppen werden Quartiere entstehen können, die sehr lebendig sind.
Das Entwicklungsleitbild zeigt ein Gesamtkonzept mit verschiedenen Puzzleteilen, die ineinandergreifen. Eines davon ist die Finanzierung. Mit der Entwicklung und Bebauung des Langmannwerks können die Kosten für die Verlagerung der Sportanlagen ins Gebiet Entenwuhr sowie der Park und die Planungskosten finanziert werden. Das Eisweihergebiet soll nach den

Vorstellungen des Gemeinderats im Eigentum der Gemeinde bleiben und im Baurecht an Investoren vergeben werden. Mit dem Baurechtszins kann man dann wiederum den Unterhalt des Parks finanzieren. Wenn man ein Puzzleteil herausnimmt, fällt das Gesamtkonzept auseinander. Wenn man also vom Eisweiherareal nichts bebaut und dort nur einen grossen Park anlegt, dann fehlt ein Teil der Finanzierung, und man hat keine Baurechtszinseinnahmen, um den Unterhalt zu bezahlen. Darum ist es ganz wichtig, dass man alle Puzzleteile, das Gesamtkonzept, im Auge behält.

Der Gemeinderat hat grosses Verständnis dafür, dass heute noch viele Fragen und Bedenken im Raum stehen. Muss Oberwil denn dauernd wachsen? Es muss nicht. Aber Oberwil wird weiterwachsen. In den letzten 15 Jahren hat die Oberwiler Bevölkerung jährlich um ein Prozent, also um rund 100 Personen, zugenommen. Es gibt keine Anzeichen für eine deutliche Abnahme dieses Wachstums. Das Raumkonzept Baselland geht für das Leimental von einem weiteren Wachstum von etwa 0.75 Prozent pro Jahr aus. Oberwil ist ein attraktiver Wohnort und es ist wichtig, dass junge Oberwilerinnen und Oberwiler eine Chance haben, im Dorf bleiben zu können. Der Gemeinderat hört immer wieder von jungen Leuten, die von Oberwil wegziehen mussten, weil sie keine Wohnung fanden. Der Leerwohnungsbestand im Ort ist extrem tief, tiefer als sonst im Kanton.

Ein weiteres Bedenken ist, dass eine grosse Grünfläche verplant werde. Das ist richtig. Es gibt aber an der Hohestrasse und an der Löchlimatt hinter dem Feuerwehrmagazin ebenfalls noch grosse unbebaute Flächen. Diese sind mit dem Richtplan bereits für eine spätere Bebauung vorgesehen; es ist aber auch bestimmt, dass dies erst nach der Umnutzung des Eisweiher-Areals geschehen soll. Auch die Wilmatt steht allenfalls für spätere Generationen zur Verfügung, um eingezont zu werden. Dieses Gebiet jetzt schon einzuzonen, hatte die Gemeindeversammlung mit dem Richtplan abgelehnt mit der Begründung, dieses Gebiet solle für spätere Generationen freigehalten werden.

Weiter wird gefragt, wieso das Areal gerade jetzt überbaut werden muss. Zuerst einmal: Gebaut wird noch gar nichts. Aber es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um weiterzuplanen, und zwar für die nächste Generation. Denn der ganze Planungsprozess dauert etwa 15 bis 20 Jahre. Man will die Sportanlagen heute auslagern. Im Weiteren hat man einen Wohnungsmangel für junge Oberwilerinnen und Oberwiler. Und man muss sich heute Gedanken machen über das Thema altersgerechte Wohnformen. Und, wie Hanspeter Ryser schon sagte, der Gemeinderat sieht seine Aufgabe darin,

Lösungen für die heute bekannten Probleme vorzuschlagen und nicht darin, die heutigen Probleme auf die nächste Generation zu verschieben.
Das Eisweihergebiet sei ein Überschwemmungsgebiet, war zu lesen. Die Naturgefahrenkarte zeigt eine „mittlere Gefährdung". In einem solchen Gebiet ist Bauen erlaubt. Es bestehen nur gewisse Auflagen. Dass man diese problemlos erfüllen kann, hat man mit dem Neubau der Schulanlage am Marbach zeigen können.
Es entstehe zusätzlicher Verkehr: Ja, das ist richtig. Alle sind täglich unterwegs. Da kann man eine einfache Gleichung machen: mehr Leute, mehr Verkehrsbewegungen. Aber es müssen nicht zwingend alles nur Autofahrten sein. Gerade die Lage des Eisweihers ist so optimal für die Benützung des öffentlichen Verkehrs oder des Veloverkehrs. Und das Quartier Langegasse wird sogar vom Verkehr entlastet.
Schliesslich noch: Wie kann der zukünftige Bedarf an Schulraum und Turnhallen bereitgestellt werden? In Bezug auf den Schulraum war schon vorgesehen, dass man die Schulanlage am Marbach mit einer Aufstockung noch erweitern kann. Die Turnhallensituation hat der Gemeinderat abgeklärt, und er kann aufgrund dessen sagen: Es hat noch freie Kapazitäten. Es braucht organisatorische Massnahmen und gewisse bauliche Massnahmen, damit man die Kapazitäten voll ausnutzen kann. Im Weiteren ist bereits mit dem Kanton abgemacht, dass man die Turnhalle Hüslimatt von einer Zweifach- auf eine Dreifachturnhalle erweitern könnte. Aber auch in diesem Punkt, wie bei den anderen Fragen, werden die weiteren Planungsschritte noch mehr Klarheit bringen.

Wie schon erwähnt, braucht es auch die Einwohnerinnen und Einwohner für die weitere Planung. Interessierte, Betroffene, die ganze Bevölkerung werden Möglichkeiten zum Mitwirken und Mitbestimmen haben. Eine gute Planung braucht kritische Fragen, Ideen von aussen und auch Bedenkenträger. Darum wird der Gemeinderat weiterhin einerseits über ganz verschiedene Kanäle informieren. Es wird wieder Echoräume und Vernehmlassungen geben. Und ganz speziell wird man für dieses Projekt eine Begleitgruppe von Oberwilerinnen und Oberwilern ins Leben rufen, die die ganze Planung begleiten wird. Wenn die Gemeindeversammlung heute dem Planungskredit zustimmt, dann wird noch lange nicht gebaut. Man wird sorgfältig und schrittweise vorgehen. Bevor die ersten Bagger vielleicht einmal auffahren, hat die Gemeindeversammlung noch mehrere Möglichkeiten, wichtige Entscheide zu fällen. Insbesondere dazu, ob man das Langmannwerk verkaufen oder im Baurecht abgeben will. Und natür-

lich wird sie auch über die Quartierpläne beschliessen, die mit dem Planungskredit ausgearbeitet werden sollen. Irgendwann später kommen dann die Baukredite, zum Beispiel für die Anlage des Parks, vor die Gemeindeversammlung.

Auch wenn die Gemeindeversammlung heute dem Planungskredit zustimmt, gibt sie damit das Heft noch nicht aus der Hand, bis die Details geklärt sind. Genau diese Details muss man aber kennen und dafür braucht es eine Planung. Auf der Basis des Entwicklungsleitbilds sind jetzt die weiteren Planungsschritte angedacht. Was soll wo und wie gross gebaut werden? Wie soll der Park aussehen, wie die anderen Freiräume und die Verkehrswege? Daraus kann man dann die Quartierpläne erarbeiten. Dazu braucht es auch verschiedene rechtliche Abklärungen sowie die Kommunikation, die dem Gemeinderat ein grosses Anliegen ist. Das Total aus diesen Planungsschritten inklusiver einer Reserve und der Mehrwertsteuer ergibt dann die nachstehend aufgelisteten Gesamtkosten von 810‘000 Franken.

Kreditbegehren

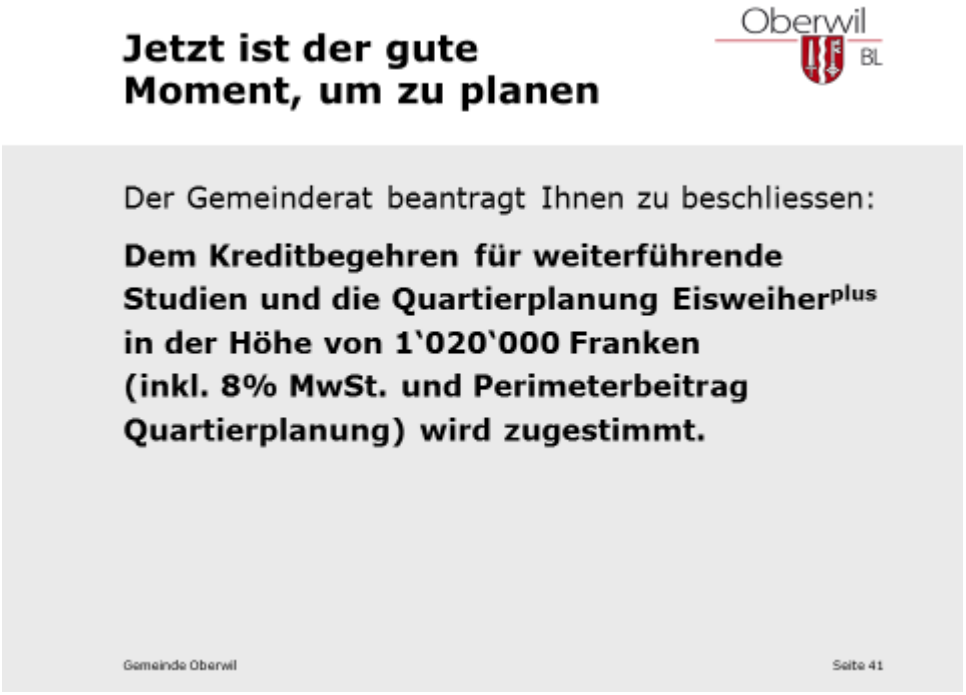
Oberwil BL

Position	Kosten [CHF]
Teilprojekte Architektur, Freiraum, Mobilität, Kommunikation	400'000.00
Teilprojekte Quartierplanung, Kommunikation, Recht	280'000.00
Reserve für Unvorhergesehenes (ca. 10%)	70'000.00
Gesamtkosten exkl. MwSt.	**750'000.00**
Mehrwertsteuer 8%	60'000.00
Gesamtkosten inkl. MwSt.	**810'000.00**
Perimeterbeitrag für die Quartierplanung	210'000.00
Investitionskosten inkl. Perimeterbeitrag	**1'020'000.00**

Gemeinde Oberwil Seite 39

Mit der weiteren Position „Perimeterbeitrag“ von 210‘000 Franken hat es Folgendes auf sich: Wenn Private einen Quartierplan durchführen, müssen sie der Gemeinde 5 Franken pro Quadratmeter Arealfläche zahlen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er im Sinne der Transparenz diesen Beitrag, also 42‘000 m^2 x 5 Franken, auch dem vorliegenden Projekt belasten will. Aber das sind eigentlich keine Ausgaben. Es ist eine Verschiebung vom linken Hosensack in den rechten. Es wird dem Projektkredit belastet und kommt buchhalterisch wieder als Einnahme in die laufende Rechnung. In diesem Sinne beantragt der Gemeinderat diesen Kredit mit effektiven Ausgaben für die Gemeinde von 810‘000 Franken. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das sehr viel Geld ist für eine Planung. Aber es ist auch eine sehr grosse Fläche, die überplant wird. Wenn man es durch die Quadratmeterzahl dividiert, ergibt es pro Quadratmeter circa 20 Franken Planungskosten. Im Vergleich dazu: Der Quartierplan Zuchtstierhof hat rund 50 Franken pro Quadratmeter gekostet.

Mit dem Entwicklungsleitbild hat man jetzt eine Zukunftsvorstellung formuliert. Die darin enthaltenen Ideen und Vorstellungen gilt es jetzt zu klären und zu konkretisieren, so, dass die Bevölkerung dann fundierter darüber informiert werden kann, dass sie darüber diskutieren und schliesslich die weiteren Beschlüsse fällen kann. Aus all diesen Gründen beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung, dem Kreditbegehren für weiterführende Studien und die Quartierplanung Eisweiher^{plus} in Höhe von 1‘020‘000 Franken zuzustimmen.



Für die Gemeindekommission nimmt Véronique Andréoli Stellung. Der Eisweiher ist zentral gelegen für Schule, Wohnen, Erholung. Heute sind die Sportanlagen eng und sie platzen aus allen Nähten. Es ist deshalb wichtig, dass sie ausgelagert werden und dass sie nicht nur für die Fussballer, sondern auch für andere Sportarten offenstehen. Die frei werdende Fläche hat ein grosses Potenzial. Viele Wünsche kommen auf, und da scheiden sich die Geister. Eine grosse Mehrheit der Gemeindekommission ist der Ansicht, dass der Eisweiher Besseres verdient als den jetzigen Zustand. Aber wie der Mitwirkungsbericht zeigt, gibt es vielerlei Wünsche, die auf den ersten Blick vielleicht gegensätzlich aussehen. Zum Beispiel wollen die einen viel Grün, die anderen wollen, dass genug Fläche überbaut wird, sodass auch die Finanzierung in Zukunft gesichert ist. Ob diese Wünsche gegensätzlich und unvereinbar sind, weiss man nicht, denn es sind noch zu viele Fragen offen. Darum braucht es diesen Planungskredit. Es ist aber ein Anliegen der GK, dass die Steuerungsgruppe die Begleitgruppe auch wirklich involviert und dass die Einwohnerinnen und Einwohner wirklich ihre Meinung äussern können. Der Gemeinderat muss sicherstellen, dass die wichtigsten Grundsatzfragen, wie eben Verkehr oder Abgabe an Investoren, abgeklärt werden, bevor man über ein Gesamtkonzept abstimmt. Darum sagt die GK ja zum Planungskredit und freut sich darauf, sich in vielen weiteren Sitzungen mit dem Thema befassen zu können.

Eintreten

Es gibt keine Wortbegehren. Hanspeter Ryser stellt fest, dass das Eintreten somit stillschweigend beschlossen ist.

Diskussion

Lukas Rychen findet es sehr löblich, dass im bisherigen Mitwirkungsverfahren Mitdenken und kritische Stimmen gefordert waren. Ihm klingt vor allem die Frage in den Ohren, warum jetzt gebaut werden soll. Es gibt ja einen Richtplan, der im 2012 ebenfalls unter grossem Engagement der Bevölkerung verabschiedet wurde. Er zeigt auf, wie die Gemeinde sich weiterentwickeln kann. Er sagt aber nicht, dass sie sich jetzt entwickeln muss. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Verkehr. Der Votant ist der Meinung, es habe nie richtig aufgezeigt werden können, wie man damit umgehen kann. Zum Beispiel hat der Bund gesagt, gemäss Eisenbahngesetz bleibt die Sägestrasse zu, solange die Langmattstrasse nicht offen ist. Dafür hat der Bund ja die Unterführung finanziert. Entgegen den Äusserungen von Gemeinderat Pestalozzi ist der Votant im Weiteren der Meinung, dass Oberwil bei der Schul- und Halleninfrastruktur bereits jetzt zu wenig Platz hat. Hinsichtlich der Finanzierung ist zu bedenken, dass die Unternehmenssteuerreform III bevorsteht. Der Kanton hat vorgerechnet, dass er pro Einwohner 105 Franken weniger an Einnahmen generieren wird, für Oberwil ist das also eine Million weniger. Das ist in der Finanzplanung von Oberwil nicht berücksichtigt. Ein weiteres Problem ist, dass der regionale Einbezug des Eisweiherprojekts im Leimental komplett fehlt, obwohl jetzt der Landrat gerade ein Gesetz über die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden berät. Es ist mit keinem Wort erwähnt, ob das berücksichtigt wurde. Man konnte etwa von Gemeinderäten aus Binningen oder Bottmingen hören, dass man dort ein Riesenproblem bekommen werde, wenn Oberwil auf dem Eisweiher baut. All diese Punkte sind nie beantwortet worden, obwohl sie als Must-Kriterien benannt waren. Immer wurde auf den nächsten Planungsschritt verwiesen, immer hiess es, man müsse weitermachen. Irgendwann wird man an einem Punkt sein, wo es heisst, jetzt haben wir so viele Millionen investiert, dass wir es uns gar nicht mehr leisten können, das Projekt zu stoppen. Wie soll es jetzt weitergehen? Es gibt die Variante „Hoffnung“ – das heisst man stimmt ja und sagt, es wird schon gut kommen. Es gibt aber auch eine andere Variante, und diese beantragt der Votant, nämlich die Rückweisung an den Gemeinderat mit der Auflage, dass die Planung gekoppelt wird an die Realisierung der Langmattstrasse.

Gemeinderat Christian Pestalozzi widerspricht der Behauptung von Lukas Rychen, der Gemeinderat habe die angesprochenen Fragen nie beantwortet. Er hat zu praktisch allen Punkten vorhin etwas gesagt, respektive sie sind im Mitwirkungsbericht behandelt. Warum gerade jetzt bauen? Wie erwähnt: Das Problem besteht heute, und der Gemeinderat schlägt heute eine Lösung vor und ist nicht der Meinung, dass man das Problem auf die nächste Generation verschieben soll. Verkehr: Es wurde aufgezeigt, wie das funktionieren kann. Christian Pestalozzi weiss nicht, aufgrund welcher Kontakte zum Bund Lukas Rychen zu der Information gelangt ist, der Bund untersage die Öffnung der Sägestrasse. Christian Pestalozzi hat gute Kontakte zur BLT; es ist ganz klar, dass es sich um eine Gemeindestrasse handelt, die die BLT-Linie überquert. Es ist die Gemeinde, die entscheidet, ob sie diese öffnen will oder nicht. Gemäss klarer Aussage der BLT muss man den Bund dazu überhaupt nicht fragen. Zu wenig Platz für Sport: Auch das wurde vorhin beantwortet. Mit der Unternehmenssteuerreform hat das vorliegende Projekt wenig zu tun, und der Finanzplan kommt im Dezember vor die Gemeindeversammlung. Der regionale Einbezug fehle: Christian Pestalozzi ist Präsident der Verkehrs- und Raumplanungskommission Leimental. Diese hat vor einigen Monaten einen Auftrag für ein regionales Raumkonzept gestartet für alle Gemeinden inklusive Allschwil und Schönenbuch über Binningen bis Rodersdorf. Alle Gemeinderatsmitglieder in dieser Kommission sind informiert über das Projekt Eisweiher^{plus}.

Hanspeter Ryser stellt fest, dass der Ausbau der Langmattstrasse derzeit beim Landrat liegt, der eine Motion überwiesen hat. Der darauf bezugnehmende Rückweisungsantrag von Lukas Rychen wird nachher zur Abstimmung gestellt.

Matthias Liechti meldet sich als Anwohner der Sägestrasse. Er findet, Gemeinderat Pestalozzi habe das Projekt hervorragend verkauft; er fragt sich, wo das Marketingbudget der Gemeinde ist. Wahrscheinlich geht die Million, die die Gemeindeversammlung heute sprechen soll, nachher in eine wunderbare Verkaufsstrategie für das Projekt. Der Votant ist der Meinung, dass das Kreditbegehren abgelehnt werden soll. Der Gemeinderat spricht von einer Win-win-Situation. Seit wann ist es ein Gewinn, wenn man Land im Wert von 16 Millionen weggibt, verkauft, überbaut. Zukünftige Generationen würden das wahrscheinlich eher als eine Vernichtung der Landeserve betrachten. Das ist eher Eisweiher^{minus} als –^{plus}. Es ist auch eigenartig,

wenn man eine einzelne Sportart mit 10 Millionen subventioniert. Es gibt ja auch Kinder, die andere Sportarten betreiben. Das jetzige Schulhaus hat einen äusserst mickrigen Pausenplatz. Wenn der Eisweiher nachher mit gleich viel Teer zugepflastert wird wie jetzt auf dieser Fläche ist, dann wird das ein peinliches Unternehmen. Wenn man schaut, was in letzter Zeit mit diesem Schulhaus gemacht wurde mit dieser peniblen Aussenanlage... Und dann die Bilder, die vorhin gezeigt wurden von dem Bach – dabei darf man bekanntlich gar nicht ans Wasser, weil es giftig ist. Das ist ein konkretes Problem, das man heute hat. Also soll man das doch lösen, in den nächsten Jahren, für die jetzigen Kinder. Verkehrssituation: Eigentlich ist es so, dass zu schnell gefahren wird vor diesem Schulhaus, es gibt zu viel Bring- und Holverkehr für die Musikschule, auch dort sollte man jetzt Massnahmen ergreifen. Aber der Blick des Gemeinderats ist gerichtet auf Bauen. Häuser und Wohnungen bauen für die Bevölkerung – das tönt wunderschön, aber ist es Aufgabe des Gemeinderates, Häuser für die Bevölkerung zu bauen? Das tun doch die Pensionskassen bereits und viele Private. Der Gemeinderat sollte sich dafür einsetzen, dass die Schule gut ist, dass die Kinder Sport treiben können, und nicht nur Fussball, dass man einen grossen Pausenplatz hat. Also warum muss man Häuser bauen? Oberwil wächst sowieso, hat Herr Pestalozzi gesagt. Das ist richtig. Aber eben darum muss die Gemeinde gar nichts dazu tun. Sie muss dieser Entwicklung hinterherrennen mit Schulhausaufstockung, grösserem Pausenplatz und Flächen für zukünftige Sporteinrichtungen, all das müsste man ins Budget nehmen. Muss die Gemeinde das Wachstum antreiben, indem sie noch mehr Hochhäuser baut, damit man davon Fussballplätze finanzieren kann? Man löse jetzt die Probleme, die es jetzt hat. Aber wenn man schaut, was bis jetzt realisiert worden ist, ist es fraglich, ob die aktuelle Zusammensetzung derer, die an den Hebeln sitzen, die richtige ist, um im Sinne der Bevölkerung zu planen. In diesem Sinne bittet der Votant die Gemeindeversammlung, den Planungskredit abzulehnen. Denn es wird wieder so kommen, dass man der Bevölkerung die weiteren Planungen sehr schön verkauft, aber die Strategie wird sich nicht ändern. Man will Häuser bauen, um damit Geld zu verdienen, mit dem man allenfalls Fussballplätze auslagern kann. Aber in den Park wird wenig fliessen. Sonst könnte man jetzt ein paar Bänke hinstellen und eine 20er Zone errichten und schauen, dass das Wasser sauberer ist.

Hanspeter Ryser nimmt zum Punkt „giftiges Wasser“ Stellung. Die Gewässerverschmutzung kommt von der ARA Therwil, wo man in den Sommer-

monaten ein Problem hat. Mit dem neuen Park kann man den Spielplatz auf die Birsig-Seite verlegen, wo es kein Problem mehr gibt, seit Leymen eine Kläranlage gebaut hat.

Gemeinderat Christian Pestalozzi meint zur Frage, ob der aktuelle Gemeinderat die richtige Zusammensetzung habe, dass vor nicht langer Zeit Wahlen stattfanden, bei denen die Bevölkerung der Meinung war, die Zusammensetzung sei in der Tat die richtige. Zum Marketingbudget: Es besteht vor allem aus ehrenamtlich geleisteten Stunden von Hanspeter Ryser und Christian Pestalozzi. Land zu verkaufen ist eine Option, die noch lange nicht beschlossen ist, sondern zu gegebener Zeit von der Gemeindeversammlung beschlossen wird. Die Finanzierung funktioniert auch dann, wenn man das Land im Baurecht abgibt. Warum für den Fussballclub und nicht für andere Sportarten? Der Fussballclub ist der grösste Sportclub in Oberwil. Man wird aber dafür schauen, dass auch andere Sportarten zum Zuge kommen. Es ist in der Diskussion, dass der Unihockeyverein die Möglichkeit bekommt, auch eine neue Halle aufzustellen. Die anderen Sportvereine können gratis die Hallen der Gemeinde benutzen. Auch sie profitieren also von der Infrastruktur der Gemeinde. Es ist richtig, dass die Schulanlage am Marbach einen kleinen Pausenplatz hat. Darum hat Christian Pestalozzi vorhin gesagt, es sei wichtig, dass man die Schulanlage an den Park anbindet. Das ist ein klares Anliegen des Gemeinderats, das auch bereits seitens der Schule an ihn herangetragen wurde. Die Pausenplätze werden in diesem Zusammenhang vergrössert werden. Bezüglich des Bring- und Holverkehrs ist der Gemeinderat relativ machtlos; auch er findet Elterntaxi keine gute Idee. In vielen Gemeinden findet man es keine gute Idee, aber es hat noch kaum je etwas zum Erfolg geführt. Zum Vorwurf, der Gemeinderat wolle nicht Probleme lösen, sondern einfach nur bauen – zumindest das Wort „Hochhaus“ sollte man nicht in den Mund nehmen. Wie erläutert, handelt es sich um ein Puzzle, ein Gesamtkonzept. Wenn man nicht auch baut, fehlen einfach die Finanzen für die Sportanlagen. Die Gemeindeversammlung hat beschlossen, man wolle einen Planungskredit, um die Auslagerung der Sportanlagen zu planen. Das kostet 10 Millionen. Man kann das natürlich auch aus Steuermitteln finanzieren statt aus der Entwicklung des Langmannwerks – das wäre die Konsequenz. Der Gemeinderat treibt das Wachstum nicht an. Er will die Wohnungen nicht plötzlich, sondern über die nächsten zehn Jahre verteilt bereitstellen.

Thomas Reinhardt sieht sich veranlasst, das seiner Meinung nach sehr polternde Votum von Matthias Liechti zu erwidern, der versucht hat, die sehr differenzierte Vorlage des Gemeinderates auseinanderzunehmen. Man kann nicht über die Tatsache hinwegsehen, dass Oberwil wächst. Es ist früher schon gewachsen, und was ist in den 60er Jahren dabei herausgekommen? Man hat einfach gebaut ohne zu überlegen, in welche Richtung das alles gehen soll, und hat ein Dorf hervorgebracht mit einem toten Kern, der vom Verkehr überflutet ist. Was jetzt vorgeschlagen wird, ist ein visionäres, zukunftsträchtiges Bild mit vielen einzelnen Puzzleteilen, das aber noch nicht festgelegt ist, sondern bei dem die Bevölkerung mitdenken und mitgestalten und damit auch verhindern kann, dass in Zukunft noch mehr von den toten Ecken entstehen, wie sie heute überall zu finden sind. Der Votant ist für ein Ja zu dem Kredit, damit die Gemeinde nicht im Blindflug in eine Zukunft rast und damit es nicht in 30, 40 Jahren heisst: Damals haben wir etwas verpasst und jetzt ist es vorbei. Daher soll man nicht poltern, wie es Matthias Liechti getan hat, sondern man soll miteinander überlegen, wie man die Zukunft anpacken kann.

Ramon Glatz meldet sich als Präsident der NLO. Diese spricht sich als unabhängige Ortspartei für den Planungskredit aus. Die NLO ist bekanntlich nicht einfach für das Bauen. Aber hier hat man die Chance, etwas Qualitatives zu erreichen, das den Oberwilerinnen und Oberwilern die Möglichkeit gibt, die Entwicklung weiterhin zu begleiten. Wie Christian Pestalozzi gezeigt hat, geht es nicht darum, einfach alles an einen Investor abzugeben, sondern einen Prozess zu starten, der der Gemeinde die Mitsprache belässt. Die Idee ist, dass das Wachstum nicht unkontrolliert vor sich geht, sondern von allen mitgestaltet werden kann. Der Eisweiher, wie er heute ist, ist für den Votanten kein Kleinod, sondern es gäbe viele Möglichkeiten, daraus etwas Schöneres zu machen, einen Ort, wo man sich wohlfühlt. Oberwil ist dabei, sich zu verdichten, und was es dann braucht, sind mehr öffentliche Grünflächen. Die Idee eines Parks auf dem Eisweiher-Areal überzeugt den Votanten. Ihn überzeugen auch die Argumente des Gemeinderates. Er bittet die Versammlung, ja zu stimmen.

Andreas Heckendorn meldet sich als Anwohner der Sägestrasse und Miteigentümer der Parzelle am Rand des Sportplatzes. Er war von Anfang an eingeladen, in der Begleitgruppe mitzuarbeiten, und er hatte Einblick in die Mitwirkungsverfahren. Er ist erstaunt, wie viele Voten jetzt kommen von Leuten, die sich im Mitwirkungsverfahren nicht zu Wort meldeten. Er findet

es schade, wenn heute Abend, wo es um einen wichtigen Schritt geht, plötzlich ganz unberechtigte Einwände vorgebracht werden. Der Votant kann nicht verstehen, wie jemand über eine Langmattstrasse diskutieren kann, die zum gefühlten 500. Mal abgelehnt worden ist in der Gemeindeversammlung, um die sich jetzt aber der Landrat annimmt. Der Votant kann auch nicht verstehen, dass jemand, der an der Sägestrasse 19 wohnt, und der eigentlich Profiteur würde, wenn die Sägestrasse vorne geschlossen würde, sich gegen diese Planung wehrt. Ebenso wenig kann der Votant verstehen, wie sich jemand dagegen wehrt, dass er für sich und seine Kinder einen Park bekommt in der Grösse von anderthalb Hektaren anstelle des jetzt vorhandenen Teerplatzes und Mergelparkplatzes.

Matthias Liechti stellt klar, dass er kein persönliches Interesse an der Verhinderung des Planungskredites habe. Im Gegenteil, er würde profitieren, wie man eben gehört hat. Der Verkehr wird nach dem neuen Konzept nicht mehr an seinem Haus vorbeigehen. Das unterstreicht umso mehr, dass er sich aus übergeordneten Motiven gegen die Planung einsetzt. Er findet das Projekt generell schlecht aufgegleist.

Martin Leidreiter gibt zu bedenken: Es ist richtig, dass der Kanton beschlossen hat, dass die Langmattstrasse aufgehen soll. Das kann die Gemeinde auf Dauer nicht mehr verhindern. Das heisst, wenn man das Langmannwerk mit einer familienfreundlichen verdichteten Bauzone ausstattet, dann gibt es an der Langmattstrasse, die dann aufgeht, relativ viele Kinder, und der ganze Verkehr zwischen Mühlemattkreisel und Therwilerstrasse wird sich dort Bahn brechen. Da muss man ein Fragezechen setzen, zumal auch noch das Tramdepot daneben ist, das trotz aller Bemühungen der BLT mit einer beträchtlichen Geräuschkulisse verbunden ist. Wenn man also den Planungskredit annimmt, sollte man hier eine Klammer aufmachen. Man hat jetzt eine Arbeitskommission eingerichtet, die sich mit der Verwendung der Gemeindeliegenschaften befasst. Man hat derzeit eine etwas unglückliche Situation mit der auf viele Gebäude verstreuten Gemeindeverwaltung. Da gehen schon allein durch die Wege viele Ressourcen verloren. Wäre es nicht interessant, sich innerhalb des Gesamtkonzepts zu überlegen, ob man die Gemeindeverwaltung im Langmannwerk konzentriert, um dann an der Hauptstrasse vielleicht das Dorfzentrum zu stärken.

Gemeinderat Christian Pestalozzi stellt fest, dass über die Gemeindeverwaltung schon viel diskutiert worden ist. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, die Verwaltung gehört ins Zentrum eines Dorfs. Dort gehen die Leute hin, das zieht auch Leute an; das darf man nicht an den Rand verschieben.
Um nochmals auf das Votum Liechti zurückzukommen, wonach die Gemeinde nicht bauen muss, weil es andere gibt, die das tun. Andere bauen zwar, aber unter Umständen nicht das, was die Bevölkerung will. Sie bauen keine Mietwohnungen, sonst hätte man nicht einen so tiefen Leerwohnungsbestand. Und die Gemeinde wird immer stärker den Auftrag haben, neue Wohnformen für ältere Menschen bereitzustellen. Das wird eine Aufgabe der Gemeinde sein. Und das ist auch eine Aufgabe, auf welche die Gemeinde auf ihrem eigenen Land Einfluss nehmen kann. Bei den Privaten hat sie diesbezüglich sehr wenig Einfluss.
Zu dem Antrag, es solle abgewartet werden, bis die Langmattstrasse gebaut wird: Wie erwähnt, ist das jetzt in Händen des Kantons, wobei völlig unklar ist, wie lange das noch dauern wird; und angesichts der finanziellen Lage des Kantons könnte es noch sehr lange dauern. Die Idee ist, dass man nach dem Bau der Langmattstrasse viel weniger Verkehr im Dorf hätte. Aber da sollte man sich keine Illusionen machen. Die Gemeinde hat das schon vor Jahren in einer Studie geprüft. Das Ergebnis war, dass eine geöffnete Langmattstrasse vor allem die Therwiler Ringstrasse entlasten wird. Statt über die Ringstrasse fährt man dann über die Langmattstrasse in Richtung Reinach. Aber in Richtung Basel ist es nicht attraktiv, weil der Knoten Therwilerstrasse/Bottmingerstrasse genauso überlastet ist wie die andere Talachse.

Beat Schmid fragt, ob man die geplanten Änderungen an der Sägestrasse – Öffnung des Bahnübergangs und Schliessung am Marbach – nicht auch kurzfristig und unabhängig vom Eisweiher-Projekt realisieren könnte.

Gemeinderat Christian Pestalozzi erwidert: Machbar ist alles, wenn die Gemeindeversammlung das Geld spricht. Wie hoch die Kosten wären, wurde nicht abgeklärt, es wird aber nicht für 5 Franken zu haben sein.

Hanspeter Ryser ergänzt: Man weiss, dass eine neue Barrierenanlage ungefähr eine halbe Million kostet.

Paul Hofer hat den Ausführungen von Christian Pestalozzi nicht hinreichend deutlich entnehmen können, wieso gerade jetzt der richtige Moment

sei, um mit der Planung loszulegen. Zum Zweiten gibt er zu bedenken, dass der beantragte Kreditbetrag ungefähr anderthalb Steuerprozenten entspricht. Er möchte, falls der Antrag heute durchkommt, nicht in einem Jahr hören, man müsse jetzt die Steuern erhöhen. Drittens ist bei den einzelnen Projekten, die es geben wird, dringend sicherstellen, dass sie in sich selber finanzierbar sind. Man weiss ja, dass sich das Ganze über zehn oder fünfzehn Jahre hinziehen wird. In dieser Zeit wird es eine Menge Gemeindeversammlungen geben, die immer wieder anders zusammengesetzt sind und eventuell abweichende Entscheidungen treffen. Schliesslich rät der Votant dringendst davon ab, dass Beraterfirmen hinzugezogen werden, die nahe oder ganz nahe bei der Gemeinde ansässig sind. Aufgefallen ist ihm zudem ein Votum, wonach eine bestimmte Partei das Projekt unterstützt. Wenn das Ganze ein gemeinsames Projekt aller Oberwiler werden soll, dann darf es nicht so herauskommen, dass es am Ende ein Parteienprojekt ist. Zuletzt fragt der Votant an, ob bereits Gespräche mit dem Kanton stattgefunden haben und wenn ja, ob die erforderlichen grünen Lichter signalisiert wurden oder ob sie noch ausstehen.

Hanspeter Ryser stellt klar, dass dies kein NLO-Projekt ist. Er ist bekanntlich nicht in der NLO und hat doch Herzblut in diesem Geschehen. Er ist 1965 in Oberwil geboren, hat seinen Betrieb in Oberwil, und Oberwil liegt ihm enorm am Herzen. Er sieht hier eine Chance, Oberwil in einem guten Sinn weiterzuentwickeln für zukünftige Generationen. Darum ist das keine Parteienübung, sondern eine Entwicklung von Oberwilern für Oberwil.

Gemeinderat Christian Pestalozzi räumt ein, dass bei einem so langfristigen Projekt immer die Möglichkeit besteht, dass es von einer künftigen, anders zusammengesetzten Gemeindeversammlung wieder in die Schublade verbannt wird. Das ist ein Risiko, mit dem man leben muss. Man kann aber nicht alle Teilprojekte in sich selber finanzieren. Es ist ein Gesamtpaket, und als solches ist es stimmig. Aber wenn man künftig einzelne Teile des Puzzles in den Kübel schmeisst, dann funktioniert es nicht mehr. Gespräche mit dem Kanton mussten selbstverständlich geführt werden. Der Kanton schreibt der Gemeinde im Entwurf des neuen kantonalen Richtplans sogar vor, dass das Eisweihergebiet ein Entwicklungsgebiet sein soll mit einer sehr dichten Bebauung.

Hanspeter Ryser ergänzt, dass es natürlich immer mit einem Risiko verbunden ist, wenn man mit verschiedenen Teilschritten immer wieder vor die

Gemeindeversammlung kommen muss. Aber so funktioniert Demokratie eben. Diesen Prozess braucht es, damit man gemeinsam zu richtigen Lösungen kommt.

Pascal Ryf zitiert aus Vergils Aeneis den Satz „Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentes. – Was auch immer sie bringen, ich fürchte die Griechen, auch wenn sie Geschenke bringen“ und stellt einen Bezug her zur positiven Darstellung des Projekts in der Einladung zur heutigen Versammlung sowie zu dem Modell an der Hauptstrasse 20, wo man einen wunderschönen Park, aber kein einziges Haus sieht. Unter „Das Wichtigste in Kürze“ in der Einladung liest man fünfmal das Wort „Park“ oder „Freiräume“, jedoch nur einmal das Wort „Verkehr“. Zum Thema Langmattstrasse: Es ist richtig, dass die Motion vom Landrat überwiesen wurde. Bis zum Jahr 2026 soll die Strasse gebaut werden, so steht es im Investitionsbudget des Kantons. Es ist schon so: Wenn man jetzt das Langmannwerk überbaut und dann die Langmattstrasse eröffnet wird – wie attraktiv ist es dann wirklich, zwischen der Tramlinie, einer Hauptstrasse und einer Schule zu wohnen, bezüglich derer es jetzt schon Anwohnerreklamationen gibt. Das Projekt soll ein Gewinn für die Gemeindefinanzen sein. An der grossen Budget-Gemeindeversammlung wurden vor einiger Zeit viele Beträge gestrichen, ein Nähkurs zum Beispiel, eine Chronik, man hat das Licht nachts abgestellt und den Brunnen das Wasser abgedreht – viele Beträge im niedrigen einstelligen Tausenderbereich. Jetzt, ein Jahr später, hat man das schon wieder vergessen und ist grosszügig bereit, CHF 800‘000 auszugeben für einen Planungskredit, wobei man nicht recht weiss, ob das Projekt dann angenommen wird oder nicht. Zu hören war auch, es gebe genug Hallen in Oberwil. Als ehemaliges Mitglied der Geschäftsprüfungskommission stellt der Votant fest, dass dies immer wieder ein Thema war. Die Sportkommission hat immer wieder bemängelt, dass zu wenige Sporthallen vorhanden sind. Es ist ein Rätsel, wie das Problem jetzt durch blosse Optimierungen des Bestandes lösbar sein soll. Was den Fussball angeht, so ist es zweifellos richtig, ihn zu fördern, aber ist es auch richtig so, wie es jetzt angedacht ist? Der Votant hätte lieber eine Wohnung im Entenwuhr mit Blick in die Fraumatt, als dass er auf die Langmattstrasse schauen müsste. Im Landrat wird auch das Gemeinderegionengesetz verhandelt, das eine Zusammenarbeit der Gemeinden fordert. In Therwil wird ein neues Primarschulhaus im Wilacker gebaut. Warum baut man also nicht eine Dreifachturnhalle im Wilacker, die die Oberwiler und Therwiler Kinder gemeinsam nutzen könnten bei Teilung der Kosten unter beiden Gemeinden? Das wäre eine Win-

win-Situation, aber nicht dass Oberwil jetzt alleine etwas macht. Votant Reinhardt erwähnte vorhin, in den 60er Jahren habe man wild darauf los gebaut. Richtig ist demgegenüber, dass man damals schon plante, und zwar wollte man die ganze Fraumatt verbauen. 30‘000 Einwohner wollte der Gemeinderat damals für Oberwil. Es gab aber zum Glück Menschen, die sagten, das Dorf soll nicht ganz so schnell wachsen.
Trotz dieser kritischen Stellungnahme lobt der Votant die Art, wie der Gemeinderat das Volk oder jedenfalls Vertreter der Kommissionen einbezogen hat. Er selbst war von Anfang an dabei und fragt sich teilweise, ob er an anderen Veranstaltungen war als Gemeinderat Pestalozzi; denn es gab dort ganz viele kritische Stimmen. Vielleicht hat man das „Echoraum“ genannt, weil man nur das herausgehört hat, was man hineingegeben hat. Vieles ist aufgenommen worden, und das ist gut – zum Beispiel den Erhalt des Musikpavillons. Darum möchte der Votant die Planung des Gemeinderates nicht torpedieren. Es wäre schlecht, wenn man alles sistieren würde. Darum findet er den Antrag, der ganz am Anfang gestellt wurde, richtig, nämlich dass man das Geschäft an den Gemeinderat zurückweist.

Gemeinderat Christian Pestalozzi erwidert, es habe in den Echoräumen, neben konstruktiven kritischen Äusserungen, immer mehrheitliche Zustimmung gegeben. Es ist nicht einer aufgestanden, der gesagt hätte, die Sache laufe völlig in die falsche Richtung. Wer dabei war, kann das bestätigen. Thema Hallenraum: Die Aussage, dass der vorhandene ausreiche, bezog sich auf die Schulen. Was den Vereinssport angeht, will man schauen, dass, falls der Kredit heute genehmigt wird, Unihockey im Entenwuhr eine Halle aufstellen kann; dann entsteht in den anderen Hallen Platz für die Sportvereine.
Wenn Pascal Ryf es mit den Griechen hat, so hat es Christian Pestalozzi eher mit den Bernern, speziell mit Mani Matter und seinem Lied „I ha es Zündhölzli azündt“. Matter malt sich aus, was alles passieren kann bis hin zum Weltkrieg und zum Weltuntergang. Man könnte es hier auch so machen. Man könnte Angst haben vor allem, was passieren könnte, wenn man weiterplant. Man könnte die Hände in den Schoss legen, stagnieren, erstarren – und sich von der Entwicklung, die sowieso kommt, überrollen lassen. Oder man könnte es anders machen wie der Mann in Mani Matters Lied: Man könnte handeln, das Zündhölzli wieder vom Teppich aufnehmen, damit nichts passiert. Und genau das will der Gemeinderat tun. Er will handeln und das Heft in die Hand nehmen und nicht passiv der Entwicklung zuschauen.

Guido Nigg findet es sehr mutig, dass auch Politiker, die eine Parteicouleur haben, hier ihre persönliche Meinung sagen. Das zeugt von Integrität. Auf der anderen Seite möchte er betonen, dass er Gemeinderat Pestalozzi dieselbe Integrität zuspricht, auch wenn er ein Planungsbüro hat, das Planungen in Basel und Umgebung macht. Ein Kompliment gilt Christian Pestalozzi dafür, dass seit dem Podium, an dem der Votant Ende Juni teilgenommen hat, bereits sehr viel verbessert und aufgearbeitet wurde. Der Votant hat aber auch eine Frage in einer aus seiner Sicht sehr wichtigen Sache: Gibt es einen Vorvertrag oder eine Kaufvertragsabsicht mit den jetzigen Eigentümern der Parzellen im Entenwuhr? Wenn das nämlich nicht der Fall sein sollte, ist die Machbarkeit in Gefahr, das heisst, es könnte sein, dass man die Million heute Abend beschliesst, dass sie aber in den Sand gesetzt ist.

Gemeinderat Christian Pestalozzi weist darauf hin, dass das Gebiet Entenwuhr zur Zone für öffentliche Werke und Anlagen gehört, auch wenn es heute von Landwirten bewirtschaftet wird. Wie bereits in der Gemeindeversammlung vom März 2015 informiert wurde, als es um den Projektierungskredit für die Sportanlagen im Entenwuhr ging, wird es dort zu Enteignungen kommen. Da aber das Land bereits in der Zone für öffentliche Anlagen liegt, kann man zwar Einsprachen erheben, aber sie nützen nichts. Erst kürzlich gab es eine Einsprache gegen einen Radweg, den der Kanton bauen will, und das Kantonsgericht hat dem Eigentümer bereits gesagt, dass er kaum Argumente habe, um sich gegen die Enteignung für die Sportanlagen zu wehren. Bis man mit Bauen beginnen will, dauert es noch rund fünf Jahre, und man ist zuversichtlich, dass die Gemeinde bis dahin im Besitz des Landes ist.

Hanspeter Ryser ergänzt: „Enteignen“ heisst nicht einfach wegnehmen, sondern es wird der Preis für Landwirtschaftsland gezahlt. Hanspeter Ryser gehört selbst zu denjenigen, die dort Land verlieren werden, ohne Ersatzland zu bekommen; aber man kann nicht immer nur auf das eigene Wohl schauen.

Roland Kannappel beantragt, dass auch die vorgesehene Verlagerung der Familiengärten in den Planungskredit aufgenommen wird. Seine diesbezüglichen Voten im Mitwirkungsverfahren haben im Bericht keinen Niederschlag gefunden.

Gemeinderat Christian Pestalozzi räumt ein, dass es vielleicht nicht ganz korrekt ausgedrückt ist, wenn es im Bericht heisst, die Verlegung der Familiengärten sei „beschlossene Sache“. Es ist von der Gemeindeversammlung im kommunalen Richtplan beschlossen, dass die Familiengärten auf die Lettenmatt ausgelagert werden. Man kann aber nicht alle Probleme, die man im Dorf hat, auf das Projekt Eisweiher^{plus} aufladen. Man hat die Sache aber im Rahmen der Zonenplanrevision Landschaft geprüft und festgestellt, dass das Areal auf der Lettenmatt zur Verfügung steht in etwa der gleichen Fläche, wie sie heute gegeben ist.

Hanspeter Ryser ergänzt, dass der Zonenplan Landschaft voraussichtlich an der Dezember-Gemeindeversammlung vorgelegt wird.

Timo Sutter fragt, ob man schon Ideen hat, wohin dann der Jugendtreff kommen soll.

Hanspeter Ryser erwidert, dass im geplanten Mehrgenerationenhaus auch grosszügige Räumlichkeiten für die Jugend vorgesehen sind.

A B S T I M M U N G

Mit 116 Nein bei 95 Ja und 14 Enthaltungen wird beschlossen:

://: **DER ANTRAG VON LUKAS RYCHEN, DEN KREDITANTRAG DES GEMEINDERATES ZURÜCKZUWEISEN, BIS DIE LANGMATTSTRASSE GEBAUT WIRD, WIRD ABGELEHNT.**

Roland Kannappel verzichtet auf Anfrage von Hanspeter Ryser auf seinen Antrag.

Mit 118 Ja bei 94 Nein und 11 Enthaltungen wird beschlossen:

://: **DEM KREDITBEGEHREN FÜR WEITERFÜHRENDE STUDIEN UND DIE QUARTIERPLANUNG EISWEIHER^{plus} IN DER HÖHE VON 1‘020‘000 FRANKEN (INKLUSIVE 8% MEHRWERTSTEUER UND PERIMETERBEITRAG QUARTIERPLANUNG) WIRD ZUGESTIMMT.**

Traktandum 3: Aufhebung des Marktreglements 16

Gemeinderat Karl Schenk führt in das Thema ein. Seit vielen Jahren hatte die Gemeinde einen Markt in Oberwil durchgeführt. Es gab eine Marktkommission, die in unterschiedlichen Zusammensetzungen mit grossem Engagement und verdankenswertem Einsatz die Märkte organisierte und durchführte. Dafür gab und gibt es heute noch ein Reglement. Im Zuge der Einführung der WoV wurde der Markt zu einer „Leistung", nämlich der Leistung 13102, „Märkte in Oberwil". An der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 4. März 2015 wurde beschlossen, diese Leistung zu streichen. Damit erübrigt sich das noch bestehende Marktreglement und es ist aufzuheben.
Nach dem Aufhebungsbeschluss gab es Gespräche und Abklärung darüber, wie es weitergehen könnte, und es wurde dann im August 2015, vor allem aus Kreisen der Markthändler, ein Verein „Oberwiler Markt" gegründet. Dieser hat am 24. April 2016 seinen ersten Markt durchgeführt, der nächste ist am 27. November als Adventsmarkt. Dieser Verein hat sein eigenes Reglement.
Das heute zur Debatte stehende Marktreglement gilt „für alle Märkte, die in Oberwil durch die Gemeinde organisiert werden". Da aber nun die Gemeinde keine Märkte mehr organisiert, beantragt der Gemeinderat, das bestehende Marktreglement aufzuheben.

Für die Gemeindekommission nimmt deren Präsidentin Maria Amrein Stellung. Da die Gemeinde keine Märkte mehr als Organisatorin durchführt, stimmt die Gemeindekommission mit 13 Ja gegen 0 Nein bei 0 Enthaltungen der Aufhebung des Reglements zu.

Eintreten

Es gibt keine Wortmeldungen. Hanspeter Ryser stellt fest, dass das Eintreten stillschweigen beschlossen ist.

Diskussion

Es gibt keine Wortbegehren.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: **DER AUFHEBUNG DES MARKTREGLEMENTS VOM 29. MÄRZ 2007 WIRD ZUGESTIMMT.**

Traktandum 4: Vereinbarung mit Bottmingen über eine gemeinsame Altersfachkommission und eine gemeinsame Projektstelle Alter 17

Gemeindevizepräsidentin Rita Schaffter führt in das Thema ein. In Oberwil und Bottmingen arbeitet man schon lange zum Thema Alter zusammen. Die beiden Gemeinden bilden einen Altersheimkreis und haben seit bald 30 Jahren das gemeinsame APH Dreilinden. Seit 2011 gibt es eine gemeinsame Seniorentagesstätte zusammen mit den Gemeinden im mittleren Leimental. Vor einigen Jahren hat man die Spitex zusammengelegt, was hervorragend funktioniert. Man hat in beiden Gemeinden Alterskommissionen, die punktuell zusammenarbeiten und zum Beispiel den Info-Nachmittag organisieren, der jeweils im November stattfindet. Vor Jahren, als das APH Dreilinden ausgebaut wurde, gab es eine gemeinsame „Arbeitsgruppe Strategie“, die den Bedarf an stationären Plätzen abklärte. Die Arbeitsgruppe hatte im Januar 2012 in ihrem Abschlussbericht festgehalten, dass man circa im Jahr 2025 nochmals ein Altersheim mit ungefähr 80 Plätzen werde bauen müssen, wenn man davon ausgeht, dass von den über 80-jährigen Personen etwa 15 Prozent einen Platz benötigen. Diese Aussage blieb damals so stehen und man löste die Arbeitsgruppe auf. Im Jahr 2014 wurde sie wieder ins Leben gerufen, um zu überprüfen, ob der Bedarf noch dem entspricht, was man damals gesehen hat. Die neue Arbeitsgruppe Strategie hat den Bedarf an stationären Plätzen wieder abgeklärt, wobei es sehr schwierig ist, eine Aussage zu machen, weil im Bereich Alter alles sehr in Bewegung ist. Es gibt neue Trends. Man versucht, den erwähnten Faktor 15 Prozent weiter herunter zu bekommen, weil man sieht, dass die Menschen eigentlich gar nicht ins APH möchten, wenn sie nicht müssen. Es werden auch neue Wohnformen erfunden und umgesetzt. Darum braucht es eher weniger stationäre Plätze als früher angenommen. Gleichwohl braucht es Pflegeplätze, um den Peak der Anzahl älterer Menschen, der etwa um die Mitte dieses Jahrhunderts eintreten wird, abdecken zu können. Der Blick in die aktuelle Heimsituation zeigt demgegenüber, dass es im Moment in den meisten Heimen keine Wartelisten gibt; denn mit dem aktuellen Altersgesetz hatte der Kanton Geld für den Bau neuer Betten gegeben. Das haben viele Gemeinden genutzt und ihre Altersheime an- und ausgebaut oder Neubauten errichtet. So hat man derzeit in den meisten Gemeinden eine gute Versorgung.

Die Arbeitsgruppe erhielt aufgrund dieser Situation einen neuen Auftrag, nämlich sich um den Ausbau der vorgelagerten ambulanten Leistungen zu kümmern, mit dem Ziel, dass die Menschen möglichst lange Zeit zu Hause bleiben können, wie es sich die meisten ja auch wünschen. Die Arbeitsgruppe hat sich das Altersleitbild des Kantons zur Grundlage genommen, hat eine Strategie und Ziele formuliert. Sie hat das bereits existierende ambulante Angebot ermittelt und sich Gedanken über den zusätzlichen Bedarf gemacht. Diese Überlegungen hat man dann mit den grossen Institutionen und Dienstleistern diskutiert. Die Ergebnisse daraus wurden im April 2016 bei einem öffentlichen Anlass der Bevölkerung vorgestellt. Es kamen über 170 Leute, das Interesse war also riesig. Aus den vielen gewonnenen Informationen wurde ein Strategiepapier geschrieben.

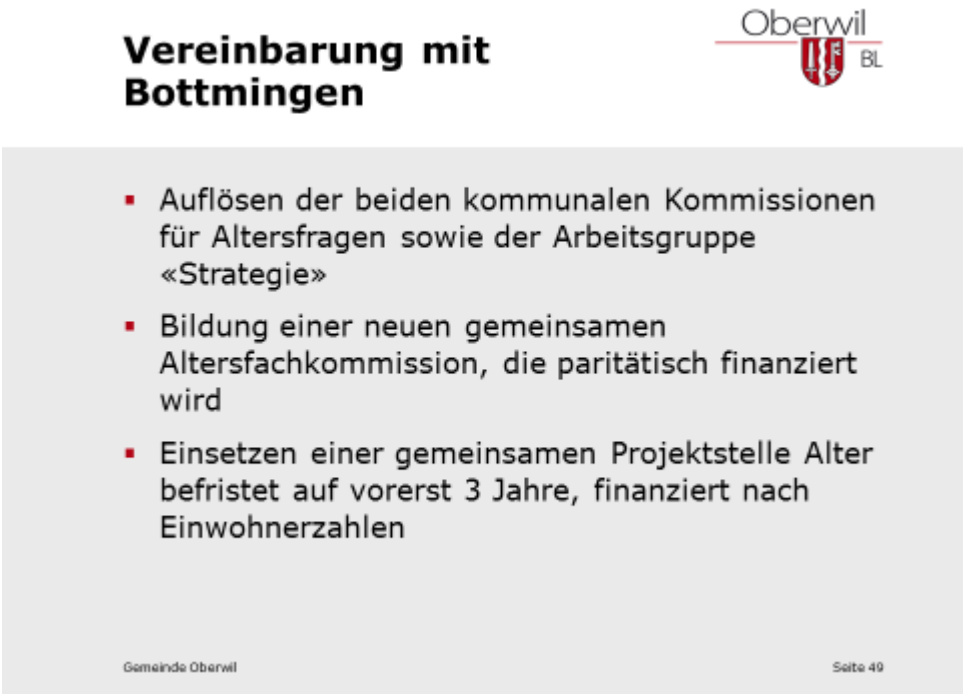
Während man daran arbeitete, wurde bekannt, dass der Kanton das Altersgesetz in eine Totalrevision nehmen wird. Es wird ein ganz neues Gesetz mit dem Namen „Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (APG)“ geben, das die Landschaft ziemlich stark umbauen wird. Es kam gerade heute Morgen in die Vernehmlassung. Vorgesehen ist, dass die Gemeinden sich in sogenannten Versorgungsregionen werden zusammenschliessen müssen. Wie diese zusammengesetzt sein werden, ist noch nicht ganz klar. Angedacht ist, dass es einen Zweckverband geben wird. Der Plan ist, dass das Gesetz 2018 in Kraft treten wird. Dann werden die Gemeinden drei Jahre Zeit haben, um die Regionen zu bilden. Darüber wird es sicher viele Diskussionen und eine Riesenarbeit geben.

Das Gesetz geht jetzt also in die Vernehmlassung. In Oberwil ist man parat, in diesen Prozess einzusteigen. Es gibt seit vielen Jahren eine Arbeitsgruppe, in der alle für Altersfragen zuständigen Gemeinderatsmitglieder von Binningen bis Biel-Benken sowie Allschwil und Schönenbuch regelmässig zusammenkommen. Rita Schaffter selbst hat diese Arbeitsgruppe vor über zehn Jahren ins Leben gerufen. Seit man weiss, dass das neue Gesetz kommen wird, arbeitet man noch enger und intensiver zusammen und man versucht, gemeinsame Haltungen zu finden und gemeinsame Vernehmlassungen zu verfassen.

Parallel dazu war die gemeinsame Strategie von Bottmingen und Oberwil am Werden mit diesen Eckpunkten:

Man hat sich natürlich gefragt, ob es diese jetzt noch braucht und kam zum Ergebnis, dass man sie auf jeden Fall als Zwischenschritt braucht, bis das neue Gesetz so weit ist, dass es auch wirklich gelebt werden kann. Auch gilt das Motto, dass man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen. Man kann jetzt schon damit anfangen, niederschwellige Angebote und Dienstleistungen für die ältere Bevölkerung bereitzustellen. Es kann nicht angehen, dass man jetzt fünf Jahre lang die Hände in den Schoss legt. Bei dem erwähnten öffentlichen Anlass im April lautete einer der zahlreichen anonym auf Flipcharts angebrachten Anregungen und Wünsche: „Aber bitte machen Sie schnell, sonst erlebe ich das nicht mehr!“ Es gibt eben viele Betagte, die sich jetzt in einem hohen Alter befinden und jetzt Unterstützung und Dienstleistungen brauchen, um zu Hause besser wohnen zu können. Dieser Zwischenschritt, auf dem Gebiet niederschwelliger Angebote weiterzuarbeiten, beisst sich überhaupt nicht damit, dass man künftig der grossen Linie des neuen Gesetzes folgt.

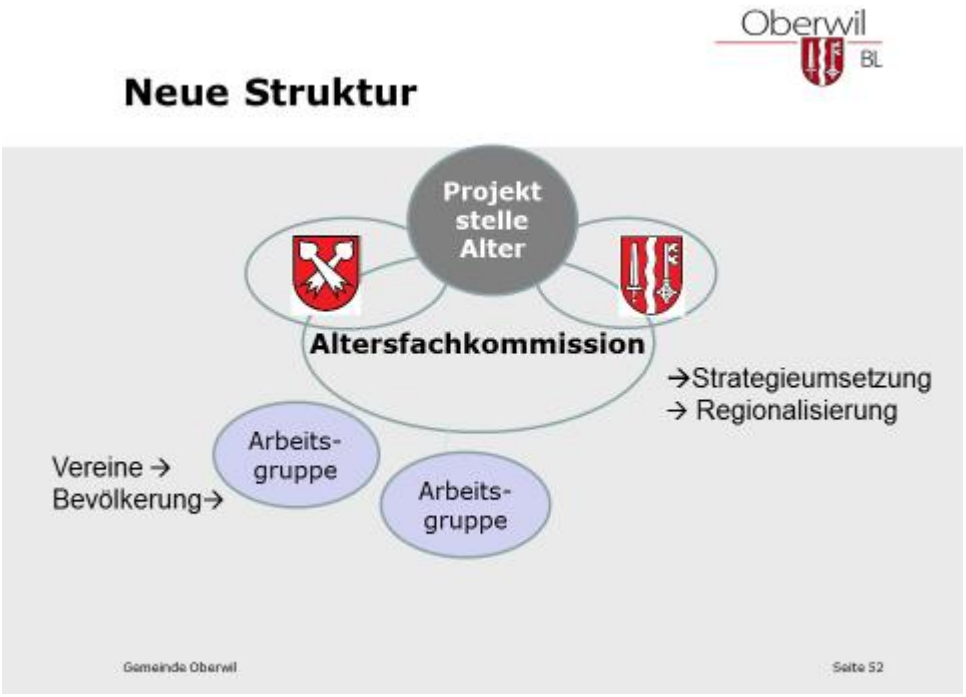
Warum braucht es dazu eine Vereinbarung mit Bottmingen? Man möchte Synergien nutzen. Heute gibt es in jedem Dorf eine Alterskommission, die zwar zusammenarbeiten, aber doch getrennt tagen, was mit grossem Koordinationsaufwand und Reibungsverlust verbunden ist. Ziel ist es daher, die beiden Alterskommissionen zusammenzulegen. Zudem würde man gerne eine gemeinsame Stelle schaffen, eine Person, die für die gemeinsame Kommission die Administration und Koordination erledigt.



Da es sich hierbei um eine interkommunale Kommission und eine interkommunale Stelle handelt, muss die Gemeindeversammlung darüber beschliessen. Die Kommission würde man paritätisch finanzieren. Die Mitglieder beziehen Sitzungsgelder wie es die Mitglieder der heutigen Kommissionen auch tun. Was die Stelle angeht, so ist an ein 50%-, höchstens 70%-Pensum gedacht, befristet auf 3 Jahre. Die Kosten würden im Verhältnis der Einwohnerzahlen geteilt. Die Aufgaben der Kommission wären: Beratung und Unterstützung der Gemeinderäte (wie heute auch), Arbeit an der Strategie und den darin beschriebenen Projekten, ferner die Unterstützung der Gemeinderäte auf dem Weg zum neuen APG.

Es hat schon jetzt in beiden Gemeindeverwaltungen eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter zum Thema Alter. Diese werden ihre jetzige Arbeit weiterführen; sie betreuen auch die Infostellen auf den Gemeinden, die vorerst bestehen bleiben sollen – „vorerst“ deshalb, weil die beiden Mitarbeitenden voraussichtlich in absehbarer Zeit in Pension gehen werden. Wenn sie wegfallen, bevor eine neue regionale Stelle gemäss neuem Gesetz besteht, wird man sehen müssen, ob eine Interimslösung gesucht wird und wie die gegebenenfalls aussehen würde.

Zusammengefasst würde die neue Struktur, die mit dem vorliegenden Antrag des Gemeinderats angestrebt wird, so aussehen:



Der Beschluss stünde selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass auch Bottmingen zustimmt. Dort wird erst im Dezember entschieden, weil vorher keine Gemeindeversammlung mehr stattfindet.

Für die Gemeindekommission führt Véronique Andréoli aus, alle wünschen sich für ihre eigene Altersbetreuung in näherer oder fernerer Zukunft eine vielfältige, flexible und bezahlbare Lösung. Der Kanton arbeitet künftig in Regionen; Oberwil und Bottmingen bereiten sich jetzt schon darauf vor. Sie haben erkannt, dass eine Gemeinde allein bei einem so komplexen Thema schnell an ihre Grenzen stösst. Der beantragte Zusammenschluss ist von der Gemeindekommission einstimmig befürwortet worden. Die Alterskommission sollte professionalisiert werden und der wachsenden Komplexität entsprechen. In diesem Rahmen wird eine befristete Arbeitsstelle geschaffen. Es ist der Kommission ein Anliegen, dass die betreffende Person, zusätzlich zu den von Gemeinderätin Schaffter genannten Pflichten, den Auftrag bekommt aufzuzeigen, wo Effizienzsteigerungen möglich sind, sei es dass bei gleichbleibenden Kosten bessere Leistungen oder bei gleichen Leistungen Kosteneinsparungen erreicht werden. Das sollte eigentlich das Ziel einer solchen Zusammenlegung sein.

Eintreten

Hanspeter Ryser stellt fest, dass das Eintreten stillschweigend beschlossen ist.

Diskussion

Markus Löliger fragt nach den Kosten.

Gemeinderätin Rita Schaffter erwidert: Die Kommission wird Sitzungsgelder beziehen wie die jetzt existierenden Kommissionen auch. Hier wird es keine nennenswerten Veränderungen geben. Für die 50%-Stelle, wovon Oberwil etwa 2/3 zu zahlen hätte, hat man 32‘000 Franken eingestellt. Zusätzlich hat man Projektkosten von 20‘000 Franken eingestellt, die aber wahrscheinlich sowieso anfallen würden für Projekte, die unabhängig von dieser Veränderung durchgeführt werden sollen.

A B S T I M M U N G

Einstimmig bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: **DIE INTERKOMMUNALE VEREINBARUNG ÜBER DIE EINRICHTUNG EINER GEMEINSAMEN STÄNDIG BERATENDEN ALTERSFACHKOMMISSION SOWIE DEN BETRIEB EINER GEMEINSAMEN PROJEKTSTELLE ALTER MIT DER GEMEINDE BOTTMINGEN WIRD UNTER VORBEHALT DER ZUSTIMMUNG DURCH DIE GEMEINDE BOTTMINGEN GENEHMIGT.**

Traktandum 5: Teilrevision des Organisations- und Verwaltungsreglements 18

Hanspeter Ryser schlägt ohne Widerspruch aus der Versammlung ein abgekürztes Verfahren vor. Er verweist auf die Ausführungen in der Einladung. Die Versammlung hat heute bereits beschlossen, dass die Alterskommission gegründet und die Marktkommission gestrichen wird. Mehr gibt es dazu nicht auszuführen.

Maria Amrein teilt mit, die Gemeindekommission habe das Reglement geprüft und den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig zugestimmt.

Eintreten

Hanspeter Ryser stellt fest, dass das Eintreten stillschweigend beschlossen ist.

Diskussion

Roland Kannappel meldet sich als ehemaliges Mitglied der Informatikkommission, die doch einen gewissen Stellenwert gehabt habe. Er hielte es für sinnvoll, sie mit circa einer bis zwei externen Personen wiederzubeleben, auch wenn in der Gemeindeverwaltung inzwischen unbestritten internes Fachwissen vorhanden ist. Er beantragt deshalb eine separate Abstimmung über den Erhalt beziehungsweise die Wiederbelebung der Informatikkommission.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: **DER ANTRAG VON ROLAND KANNAPPEL, DIE INFORMATIK-KOMMISSION AUFRECHTZUERHALTEN, WIRD ABGELEHNT.**

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

://: **DER TEILREVISION DES ORGANISATIONS- UND VERWALTUNGSREGLEMENTS WIRD ZUGESTIMMT. IM FALLE DER AUFNAHME EINER GEMEINSAMEN STÄNDIG BERATENDEN ALTERSFACHKOMMISSION IN DAS REGLEMENT STEHT DIESER BESCHLUSS UNTER DEM VORBEHALT DER ZUSTIMMUNG DURCH DIE GEMEINDE BOTTMINGEN.**

Traktandum 6: Erheblicherklärung des Antrags nach § 68 des Gemeindegesetzes zur Ortsplanung von Oberwil 19

Gemeinderat Christian Pestalozzi führt in das Thema ein. Guido Nigg hat in der letzten Gemeindeversammlung einen Antrag nach § 68 Gemeindegesetz eingereicht, und die Gemeindeversammlung muss heute beschliessen, ob der Gemeinderat den Antrag inhaltlich ausarbeiten und dann der Gemeindeversammlung eine Vorlage dazu unterbreiten soll. Konkret wird in dem Antrag vorgeschlagen, in dem Gebiet zwischen den beiden Talachsen, also einerseits Bielstrasse/Hauptstrasse/Binningerstrasse und andererseits Therwiler-/Bottmingerstrasse eine dichtere Bebauung zu ermöglichen. Das soll einerseits durch eine Anpassung des kommunalen Richtplans und andererseits durch Anpassung der Zonenvorschriften Siedlung geschehen. Den Antrag nach § 68 beurteilt der Gemeinderat als rechtlich zulässig. Beides, der kommunale Richtplan wie auch die Zonenbestimmungen, gehören in die Kompetenz der Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat hätte aufgrund dessen direkt eine dem Antrag entsprechende Vorlage ausarbeiten und der Gemeindeversammlung vorlegen können. Er hat sich aber anders entschieden und unterbreitet den Antrag der Gemeindeversammlung heute zur Nichterheblicherklärung.

Wo steht man heute in Bezug auf das angesprochene Thema Verdichtung? Der Kommunale Richtplan gibt dem Gemeinderat den Auftrag, das Siedlungsgebiet in der Talsohle zu verdichten (Objektblatt S6) und andererseits die bauliche Dichte im gesamten Siedlungsgebiet zu überprüfen (Objektblatt S7). Gemäss dem letztgenannten hat der Gemeinderat eine Innenentwicklungsstrategie ausgearbeitet.

In dieser Strategie wird das gesamte Siedlungsgebiet in verschiedene Handlungsräume unterteilt, für die unterschiedliche Entwicklungsziele definiert wurden. So sollen sich die Hanglagen ganz anders weiterentwickeln als Gebiete in der Talsohle. Wie auf der Grafik ersichtlich ist, ist das im Antrag Nigg genannte Gebiet in ganz unterschiedliche Handlungsräume unterteilt, mit denen entsprechend unterschiedlich umgegangen werden soll. Ein zweiter wichtiger Aspekt der Innenentwicklung ist die Wahrung der Identität der Quartiere. Darum muss die Frage, in welcher Art man verdichten will, auf Quartierebene beurteilt werden, also noch eine Stufe feiner als die Handlungsräume. Ein Beispiel ist in der nachstehenden Grafik ersichtlich:

In diesem Strassengeviert ist der grüne Innenhof sehr relevant für die Wohnqualität in diesem Gebiet. Das heisst, bei einer allfälligen Verdichtung, wie sie rechts in der Grafik schematisch aufgezeichnet ist, wäre es ganz wichtig, dass der Innenraum so grün bleibt, damit die Wohnqualität erhalten wird.

Aus all dem kann man folgern: Der Gemeinderat hat mit dem Kommunalen Richtplan bereits einen Auftrag der Gemeindeversammlung, sich des Themas Innenentwicklung anzunehmen. Das vom Antragsteller angesprochene Gebiet zwischen den beiden Talachsen hat auch der Gemeinderat als potenzielles Verdichtungsgebiet erkannt. Für eine Verdichtung mit guter Wohnqualität muss man aber das Siedlungsgebiet sehr differenziert betrachten. Auf der Basis der vorliegenden Grundlagen wird der Gemeinderat im nächsten Jahr mit der Gesamtrevision der Zonenvorschriften Siedlung beginnen. Das heisst, der Antrag Nigg rennt eigentlich offene Türen ein. Ganz entscheidend ist der Faktor Zeit. Die Revision von Zonenvorschriften muss man mit der nötigen Sorgfalt angehen. Das erfordert einen Zeitraum von mindestens zwei bis drei, je nachdem auch vier bis fünf Jahren. Für eine noch schnellere Bearbeitung fehlen übrigens auch die Voraussetzungen seitens Kanton. Der müsste zuerst seinen Richtplan anpassen und er müsste auch gewisse Anpassungen am Raumplanungs- und Baugesetz vornehmen. Wenn man aber den vorliegenden Antrag nach § 68 annimmt, dann müsste der Gemeinderat bereits in einem halben Jahr einen neuen

Zonenplan für das fragliche Gebiet vorlegen. Das ist beim besten Willen nicht machbar.
Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung, den Antrag für nicht erheblich zu erklären.

Für die Gemeindekommission erklärt Ursula Wyss, die Gemeindekommission stehe dem Anliegen nach verdichtetem Bauen in der Talsohle im Grundsatz positiv gegenüber. Allerdings ist sie der Meinung, dass eine summarische Vorgabe zur Verdichtung, wie von Guido Nigg beantragt, für Oberwil nicht zielführend ist. Sie folgt daher dem Antrag des Gemeinderates und unterstützt den eingeschlagenen Planungsprozess auf Grundlage des Kommunalen Richtplanes und des heute beschlossenen Planungskredits. Die Gemeindekommission empfiehlt deshalb mit 9 Ja, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung, den Antrag nach § 68 Gemeindegesetz für nicht erheblich zu erklären, dies im Wissen darum, dass das Anliegen umgesetzt wird, allerdings differenziert und damit gemäss den lokalen Gegebenheiten.

Guido Nigg erläutert, dass er mit seinem Antrag eigentlich einen Paradigmenwechsel herbeiführen wollte. Die Versammlung hat heute Abend mit dem Planungskredit beschlossen, dass wiederum grünes Land durch einen Sportplatz belegt wird und dass dadurch ein bisheriger Sportplatz – zwar nicht insgesamt, aber im Prinzip – überbaut werden darf. Damit verschwindet eine Grünfläche aus dem Areal der Gemeinde Oberwil. Oberwil hat – zusammen mit etwa 500 weiteren der insgesamt circa 2‘500 Gemeinden der Schweiz – das Problem, dass es mit der Ausdehnung seiner Bebauung an die anderen Gemeinden anstösst. Das Bundesamt für Raumplanung predigt seit Jahren, das solle man nicht mehr tun. Darum hat Guido Nigg seinen Antrag gestellt. Dieser lautet ganz einfach gesagt dahin, dass nach innen verdichtet und Grünflächen geschont werden sollen. Das ist der Punkt. Das bedeutet, dass man nicht städtisch werden soll. Die Bauziffer soll ungefähr beibehalten, aber die Nutzung erhöht werden. Man kann es auch „Verdichten in die Höhe“ nennen. Der Votant hat kürzlich im Basler Gellert-Quartier gesehen, dass dort jetzt sechsstöckig gebaut wird – bei Erhalt der wunderbaren Parkanlagen. Mitten im Bruderholz wird sechsstöckig gebaut, jedoch bei Schonung der Parkanlagen. Darum geht es dem Votanten. Es geht ihm nicht um einen Termin. Es geht darum, dass kein neues Land eingezont werden soll. Er möchte seinen Kindern und Grosskindern ein Oberwil erhalten, das lebenswert ist und nicht eines, das von

Therwil bis Bottmingen überbaut ist. Wenn die Gemeindeversammlung dem Antrag auf Nichterheblicherklärung zustimmt, dann ist dieser Punkt getilgt. Dann geht es nach der alten Manier weiter.
Der Votant beantragt, dass der Gemeinderat entweder verbindlich erklärt, er nehme das Anliegen ernst und werde es umsetzen, gegebenenfalls zeitlich verzögert; alternativ ist er bereit, seinen Antrag nach § 68 zu sistieren, nicht jedoch zurückzunehmen.

Hanspeter Ryser erklärt, im Dezember werde der Zonenplan Landschaft vor die Gemeindeversammlung kommen, dann wird man sehen, was Landschaft ist in Oberwil. Eine Neueinzonung von Landwirtschaftsland kann man nach dem neuen Raumplanungsgesetz vergessen. Verdichtung gegen Innen ist das Credo des Kantons und des Bunds und der Raumplanung allgemein. Das ist auch auf dem Eisweiher-Areal so vorgesehen. Wie Gemeinderat Pestalozzi bereits sagte, rennt der Antragsteller eigentlich offene Türen ein. Aber diese Planung kann man nicht schnell machen, auch darum, weil es um eigentumsverbindliche Richtlinien geht, die gut austariert werden müssen. Aber es kann nicht sein, dass man jedes Teilgebiet von Oberwil über den gleichen Leisten schlägt.

Véronique Andréoli spricht persönlich, nicht namens der Gemeindekommission. Sie ist ebenfalls für Verdichtung nach innen und hat Verständnis für den Antrag von Guido Nigg. Aber er ist zweischneidig. Wenn man ihm zustimmt, dann kann jeder Eigentümer 15 bis 20 Prozent mehr bauen. Das bedeutet nicht, dass es mehr Wohnraum gibt, sondern mehr Wohnfläche, indem zum Beispiel jedes Einfamilienhaus noch ein zusätzliches Zimmer bekommen kann. Im Endeffekt hätte man dann nicht mehr Wohnungen, was eigentlich der Sinn wäre, sondern gleich viele Wohnungen bei noch weniger Grünfläche. Darum findet die Votantin den von Gemeinderat Pestalozzi vorgeschlagenen Ansatz den besseren Weg, im Siedlungsplan klar festzuschreiben, dass nicht noch mehr Grünflächen aus der Siedlungszone verschwinden.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird beschlossen:

://: **DER ANTRAG NACH § 68 DES GEMEINDEGESETZES VON**

GUIDO NIGG ZUR ORTSPLANUNG VON OBERWIL WIRD FÜR NICHT ERHEBLICH ERKLÄRT.

Traktandum 7: Diverses

Ramon Glatz hat eine Frage zum Recycling von Kunststoff. Die Gemeinde Allschwil führt relativ erfolgreich, wie man hört, ein Pilotprojekt durch. Den Medien konnte man entnehmen, dass auch das Bundesamt für Umwelt neuerdings eine positive Haltung zu dem Thema hat. Die NLO findet, das wäre auch etwas für Oberwil. Wie sieht das der Gemeinderat?

Gemeinderat Peter Thanei bezieht sich auf einen Vortrag, den Andreas Dill von der Gemeinde Allschwil über das zweijährige Pilotprojekt gehalten hat und dabei erste Resultate präsentierte. Gesammelt wird seit Februar zweiwöchentlich mit Gebührensäcken. Man wird dieses Jahr auf etwa 100 bis 110 Tonnen Kunststoff – ohne PET – kommen. Die Recyclingfirma Lottner hat sich verpflichtet, die Aussortierung von Hand vorzunehmen. Man hat etwa 23% recycelbares Material festgestellt. Der Rest ist Abfall, der entweder in die Verbrennung oder auf eine Deponie kommt. Zusätzlich hat man eine maschinelle Aussortierung gemacht und kam auf weitere 41.5%. Das Problem dabei ist, dass das Material zur maschinellen Aussortierung in die Westschweiz transportiert werden muss. Gesamthaft kommt man auf 64 bis 65% verwertbares Material, der Rest ist Abfall. Ein weiteres Problem ist, was man mit dem recyclierbaren Material macht. Es wird ein Granulat hergestellt, aus dem man neue Kunststoffgegenstände machen kann, was aber konkret damit geschieht, ist noch nicht klar. Die Firma Lottner ist eine Tochtergesellschaft einer französischen Firma, zu der das Material zwecks Weiterverwertung transportiert wird. Die nicht verwertbaren 35% werden verbrannt als sogenannter Ersatzbrennstoff.
Der Erfolg des Pilotprojekts in der Bevölkerung ist sehr gross, was begrüssenswert ist. Offenbar gibt es auch Einwohner von Nachbargemeinden, darunter Oberwil, die solche Säcke kaufen und sie dann bei Allschwiler Bekannten zur Abfuhr bereitstellen. Für das kommende Jahr ist geplant, eine Ökobilanz zu erstellen. Es ist ja fraglich, ob sich der energetische Aufwand für die vielen Transporte lohnt. Der Gemeinderat Oberwil hat anlässlich einer Besprechung im Juni die Verwaltung aufgefordert, das Allschwiler Projekt weiterzuverfolgen, damit man allenfalls einmal darauf zurückkommen kann. Es wäre aber sicher sinnvoll, dass man die zweijährige Experimentierphase und die Ökobilanz abwartet und erst dann weitersieht. Ebenfalls

sinnvoll wäre es, eine solche Lösung, falls man sich dafür entscheidet, im Rahmen eines Gemeindeverbunds anzustreben, zum Beispiel innerhalb des Leimentals. Das ist der heutige Stand. Die genannten Zahlen sind einigermassen verlässlich, aber noch nicht zu 100% abgesichert. Finanziell zeichnet sich ein Minus von etwa 75‘000 Franken ab. Man verkauft die Kunststoffsäcke zu einem relativ niedrigen Preis. Das hat zur Folge, dass das Gesamtabfallaufkommen abnimmt und damit auch der Absatz an normalen Gebührensäcken. Um das Minus auszugleichen, müsste man die Kunststoffsäcke um circa 15 Rappen teurer machen.

Hanspeter Ryser fasst zusammen, dass der Gemeinderat die Angelegenheit beobachtet und ihr grundsätzlich positiv entgegensieht.

21 Johanna Täschler fragt, wieso sie heute auf der Gemeindeverwaltung für Grünabfuhrbons 8 Franken statt 7 Franken 50 zahlen musste, weil sie mit EC direkt bezahlt hat.

Hanspeter Ryser teilt mit, er könne diese Frage nicht aus dem Stand beantworten. Er wird der Sache nachgehen und gegebenenfalls der Votantin die 50 Rappen persönlich bringen.

22 Martin Leidreiter stellt fest, dass Auswärtige, die im Quartier Talstrasse/Langegasse ihr Fahrzeug abstellen, um dort gute Freunde zu besuchen, oft beim Wegfahren einen Hinweis finden, dass die Parkzeit limitiert sei, wenn man keine Anwohnerparkkarte besitzt. Zwar steht an der Einfahrt zu dem Quartier ein entsprechendes Hinweisschild. Aber jemand, der die Zufahrt zu diesem Quartier sucht und froh ist, wenn er sie endlich gefunden hat, der nimmt dieses Schild nicht wahr. Kann man nicht innerhalb des Quartiers zusätzliche „Erinnerungs“-Schilder anbringen? Solche Friktionen sollten eigentlich nicht nötig sein und vor allem nicht für die Dorfpolizei, die man damit auch entlasten könnte.

Hanspeter Ryser sagt eine Prüfung zu, erwähnt aber auch: Wer als Ortsunkundiger gute Freunde in dem Quartier besucht, sollte darauf zählen dürfen, dass seine Gastgeber ihn auf die Parkscheibenpflicht hinweisen; sonst sind es vielleicht keine guten Freunde.

23 Ehrentraud Bucher-Kammermann erinnert daran, dass, als die „Krone“ noch stand, versprochen wurde, einen Ersatz für das damals verloren gegangene Tanzlokal geschaffen wird. Die Votantin ist jetzt 68 Jahre alt und hat noch kein Tanzlokal zu sehen bekommen. Oberwil wird immer mehr zum Schlafort. Darum plädiert sie dafür, dass so etwas verwirklicht wird, vielleicht unten beim Coop am Bahngeleise. Was kann man denn in Oberwil unternehmen? Es gibt ja wirklich nichts. Darum war die Votantin ja auch der Meinung, dass das ganze Eisweiherareal als Grünfläche erhalten bleiben sollte.

Hanspeter Ryser weist auf die nächste Gemeindeversammlung vom 27. Oktober hin und schliesst die Versammlung um 22.45 Uhr.

Die Richtigkeit des Protokolls bestätigen

GEMEINDERAT OBERWIL

Der Präsident:	Der Verwalter:
Hanspeter Ryser	André Schmassmann

4104 Oberwil, Datum